

p.s.

DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG
NR. 11/24. MÄRZ 23



WOHNEN

Verdichten ohne Verdrängen – geht das?

SEITEN 11 – 13

UKRAINE

**Der Ukraine-Krieg und
die Linke**

S. 16 - 18

CS-DEBAKEL

**Viel Wut und viele offene
Fragen**

S. 6, 9, 11, 24

«HAND HOCH... WER SICH TRENNEN WILL!»

**Zum Lachen: Griechische
Drama-Comedy**

S. 23

Bild: Urs Keller/Ex-Press

Gemeinschaft

Ist die Jagd nach Glück – frei nach der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung – tatsächlich möglich und wenn ja, wo versteckt es sich überhaupt und inwieweit ist es abhängig von der Art der Interaktion mit der direkten Umgebung? Die Compagnie Joshua Monten stellt in «The Pursuit of Happiness» die nicht eben vollends obskure These auf, Glück wäre allein als Gemeinschaftsbestreben umfassend und nachhallend überhaupt zu erfahren. Darum ist ein Teil der Aufführung auch interaktiv gedacht, ergo allabendlich publikumsspezifisch anders. Die Performance ist also auch die Überprüfung der Überlegung durch die Installation eines Tathergangs, der anregen, erhehlen und eine Wirkung erzielen soll. Denn Konsum



(Christian Glaus)

allein, seis der Handtaschenkauf oder ein Dreizehntauto, vermag durch die damit einhergehende Egozentrik niemals dieselbe positive Aufladung zu erlangen ergo Langzeitwirkung zu entfalten. *froh.* Joshua Monten: «**The Pursuit of Happiness**», Sa, 25.3., 20h, Theater am Gleis, Winterthur.

Gegenaufklärung

Wenn seitenweise politisch motivierte Irreführungen über Genossenschaften, Baurecht und



Kostenmieten publiziert werden, damit das bundesparlamentarische Halali aufs Mietrecht unter Begleitschutz einhermarschieren kann, darf, ja muss regelrecht zur Gegenaufklärung geblasen werden. Der Rechercheblog «Mieten-Martha» stellt in Kooperation mit diversen Kompliz:innen

die Ausstellung «Dann zieht halt aus der Stadt raus!» auf die Beine: «Wir zeigen in einem aktivistischen Rechercheprojekt falsche Mythen zur «Wohnungskrise», bringen viel bessere Argumente und unterfüttern das mit Zahlen, an welchen wir uns orientieren können. Mit Audio und Video, mit Büchern zur Bodenfrage, mit Fotos von Abbruchhäusern und Plakaten von Mieter:innenkämpfen, mit Petitionen, Spielen, Crowdsourcingplattformen und Bots gegen die Verdrängung.» *froh.*

Ausstellung: «**Dann zieht halt aus der Stadt raus!**», Di, 28.3. bis So, 2.4., Halle, Zentralwäscherei, Zürich. Vernissage: Di, 28.3., 18h, ebenda. www.mieten-martha.ch

Verabschiedung

Wenn der australische Puppenspieler Neville Tranter damit zu kokettieren beginnt, all seine Figuren, die selbstverständlich mit auf die «Looking Back»-Tour kommen wollten, teils enttäuschen zu müssen, weil sie «inzwischen zu alt und zu gebrechlich sind», lässt der nunmehr 78-Jährige wie gewohnt seine Puppen das ausformulieren, was er an realen Gewissheiten und mitunter nur schwer verdaulichen politischen Augenöffnern, also unabänderlichen Tatsachen, sowieso mit im Gepäck zu führen pflegt. Seit Jahrzehnten beehrt er das Theater Ticino in Wädenswil mit seinen (in einfach verständlichem Englisch gesprochenen) Programmen, stellt den allgemeinen Umgang mit Flüchtlingsebene ebenso zur Hinterfragung in den



(stuffedpuppet.nl)

Raum wie ausufernde Herrschaftsfantasien oder die vorschnell geschwungene Terrorismuskeule. Immer wieder gefolgt von poetischen Intermezzi mit puppengerecht adaptierten Klassikern. *froh.* Neville Tranter: «**Looking Back**», Di, 28.3. bis Fr, 31.3., 20h, Theater Ticino, Wädenswil.

Einordnung

Die Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung lädt die Osteuropa-Historikerin Rhea Rieben zu einem Referat über das Thema ihrer Dissertation «Mythos Fritz Platten. Eine biografische Wahrnehmungsgeschichte im ideologischen Spannungsverhältnis Schweiz-Sowjet-



Fritz Platten (Universität Basel, Handschriften und alte Drucke)

union». Für die einen war er ein legendärer Schweizer Kommunist, andere sehen in ihm einen verblenden Anhänger Lenins und Stalins, der in der Schweiz zurecht weitgehend in Vergessenheit geriet. Wer aber war Fritz Platten und wie lassen sich die unterschiedlichen Interpretationen seiner Person erklären?

Und inwiefern verdichten sich in seiner Person Grunddebatten der Kommunismus-Geschichte? Rhea Rieben geht den Legenden nach, die sich um den Kommunisten ranken, der später selbst von Stalin liquidiert wurde, und zeigt auf, wie eng die Schweiz mit den weltpolitischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts verbunden war. *froh.*

Rhea Rieben: «**Mythos Fritz Platten**», Mi, 29.3., 19h, Bücherraum F, Jungstr. 8, Zürich-Oerlikon.

«Kann tun, was sie will»

Bereits der Eigenname beschreibt das Wesen einer Carte blanche. Evelinn Trouble hat eine solche vom Jazzclub Moods erhalten und schnurstracks entschieden, den Konzertabend durch zwei zu teilen und ihre eigene Formation gleich auch noch um ein Streichertrio zum «Evelinn Trouble Orchestra» zu erweitern. Ihr Gast ist das achtköpfige Berliner A-Capella-Ensemble «Carebender», das sich den kleinen Revolutionen verschrieben hat. Jenen, die sich in der Liebe ergeben und genauso



an tektonische Verschiebungen erinnern wie das Aufkommen einer sich im Magen heftig manifestierenden Wut. Ihr Album «What We Talk About» erscheint dieser Tage und gemäss Ankündigung ist dieses Konzert ihr allererster Liveauftritt überhaupt. Der Sound bewegt sich entlang des Grates zwischen Schönheit und Abstraktion, ähnelt also in seiner Verspieltheit den Klängen der Gastgeberin. *froh.*

Carte blanche für Evelinn Trouble: «**Carebender**», «Evelinn Trouble Orchestra», Do, 30.3., 20.30h, Moods, Zürich.

Steuern flossen wie noch nie

Stadt und Kanton Zürich schliessen die Rechnung 2022 mit grossem Plus ab: 543 Millionen Franken sind es beim Kanton, 297 Millionen bei der Stadt. Budgetiert hatten beide ein beachtliches Defizit. Grund für die Differenz sind vor allem die deutlich höheren Steuererträge.

Koni Loepfe

Der Kanton budgetierte ein Minus von 543 Millionen Franken, die Stadt eines von 192 Millionen Franken. Mit den Nachtragskrediten ergibt dies beim Kanton eine Abweichung zwischen Budget und Rechnung von 1,1 Milliarden Franken, bei der Stadt von 614 Millionen Franken. Diese grosse Differenz zog nicht nur freundliche Kommentare nach sich. Grundsätzlich ist dazu folgendes zu sagen: In Zeiten der Hochkonjunktur – und die herrscht trotz Corona und Ukrainekrieg – ist dies die Regel: Bei den Ausgaben alles berücksichtigen, was mit grosser Wahrscheinlichkeit ansteht, und bei den Einnahmen nur mit den sicheren rechnen. Nach dieser eher vorsichtigen Regel handeln sowohl Ernst Stocker beim Kanton wie Daniel Leupi bei der Stadt. Betrachtet man die Zahlen detaillierter, so müssen sich die Verantwortlichen des Kantons die gut 500 Millionen zusätzlichen Steuereinnahmen von Privatpersonen als Tolggen in der Budgetierung ankreiden lassen, während die Stadt bei der Grundstückgewinnsteuer nicht gerade brillierte. Dabei gilt es auch, den Zeitpunkt der Budgetierung zu berücksichtigen: Diese Budgets entstanden im Sommer und Herbst 2021, also mitten in der Co-

Mit der Bemerkung, «wenigstens sind wir positiv danebengelegt», fasste Ernst Stocker die Situation gut zusammen.

ronazeit. Hätten die beiden Finanzverantwortlichen damals so hohe Steuererträge wie noch nie ins Budget geschrieben, hätten wohl viele an ihrer Urteilskraft gezweifelt.

Mit der Bemerkung, «wenigstens sind wir positiv danebengelegt», fasste Ernst Stocker die Situation gut zusammen. Das «positiv» gilt allerdings für die Einsparungen bei den Ausgaben nur sehr bedingt. Während die Kaumbearbeitung des Coronaschutzschirms für Veranstalter genauso Grund zur Freude ist wie die rasche Rückzahlung der Pandemiedarlehen, sind vor allem die tieferen Personalausgaben ein Grund zur Besorgnis. Dies zeigt sich bei der Stadt sehr deutlich: Wenn im Spital gut 200, in der Schule knapp 100 und bei der Polizei rund 50 bewilligte Stellen nicht besetzt werden konnten, bedeutet dies in erster Linie, dass die gewünschten Leistungen zu-

mindest teilweise nicht in der verlangten Qualität erbracht werden konnten und dass die übrigen Mitarbeiter:innen mehr leisten mussten als vorgesehen. Was auf die Dauer in die Hosen gehen kann. Hier wurde auch nicht bewusst gespart, sondern die Stellen konnten trotz Anstrengungen nicht besetzt werden. Sind wichtige öffentliche Leistungen gefährdet, schadet dies auch der Wirtschaft.

Entwicklung nach Branchen

Die Finanzsituation von Stadt und Kanton Zürich ist nach acht Jahren hintereinander mit teils hohen positiven Abschlüssen ausgesprochen solide. Selbst wenn man berücksichtigt, dass der Kanton ohne die 700 Millionen Franken von der Nationalbank 2022 ein Defizit geschrieben hätte. Der Kanton besitzt ein Eigenkapital von 11,8 Milliarden Franken, die Nettoschulden betragen 3,9 Milliarden Franken. Die Stadt sitzt neu auf einem zweckfreien Eigenkapital von 2,1 Milliarden Franken und konnte ihre Schulden leicht auf 4,7 Milliarden Franken reduzieren. Die Investitionen bewegen sich bei beiden auf einem hohen Niveau und sie konnten beim Kanton ganz und bei der Stadt zu 80 Prozent aus dem laufenden Budget bezahlt werden.

Daniel Leupi präsentierte eine interessante Steuerertragsentwicklung nach Branchen, die einiges aussagt, über mögliche Auswirkungen des CS-Konkurses. Sah es zu Beginn der 2010er-Jahre noch so aus, dass sich zwischen den Banken und den Versicherungen ein Gleichgewicht bei den Steuern einstellte, dominieren die Banken seit 2020 wieder so deutlich, dass man die anderen im Vergleich fast vergessen kann. Von den 908 Millionen der juristischen Personen kam ziemlich genau die Hälfte von den Banken. Daniel Leupi geht davon aus, dass die UBS die CS übernahm, um damit auch Geld zu verdienen. Gelingt dies nur halbwegs, nimmt die Stadt kaum sehr viel weniger Steuern ein, da auch viele Entlassene eine neue Stelle finden werden. Misslingt die Übernahme, könnte es dafür die Stadt hart treffen, wobei sie derzeit ein paar schmale Jahre ohne Paniksparen überstehen kann.

Dass die Steuern vor allem von den Banken kommen, bedeutet im übrigen nicht, dass die Stadtzürcher Wirtschaft schlecht diversifiziert ist und dass andernorts nicht auch gut verdient wird. Das Steuersystem erlaubt beispielsweise den grossen IT-Unternehmen derzeit einfach besser als den Banken, die Steuern für sie günstiger zu verteilen.

Und bestätigt einmal mehr, dass die Möglichkeiten bei der Steuerveranlagung viel wichtiger als die Höhe des Steuerfusses sind.

Steuersenkungen

Trotzdem spielt bei den Stellungnahmen der Parteien und Verbänden der künftige Steuerfuss eine zentrale Rolle. Die Ausgangslage ist so, dass der Regierungsrat sowohl bei den Staatssteuern als auch bei den Gewinnsteuern an eine Senkung

Aus den Ausführungen von Daniel Leupi kann man schliessen, dass er lieber Schulden abzahlen als Steuern senken möchte.

denkt. Daniel Leupi betonte, dass der Stadtrat sich damit noch nicht befasst hat, aber aus seinen Ausführungen kann man schliessen, dass er lieber Schulden abzahlen als Steuern senken möchte. Vor allem, wenn der Kanton die Gewinnsteuer wirklich senkt, was politisch vom neuen Kantonsrat eher als nicht zu erwarten ist. Im Gemeinderat dürfte eine Steuersenkung kaum eine Chance haben.

Geht man davon aus, dass ein Budget so aussehen sollte, dass damit die beschlossenen Vorhaben gut bezahlt werden können, ist eine Steuerfussenkung sowohl im Kanton wie in der Stadt rein von den Zahlen her möglich. Ob sie Sinn macht, ist eine Frage der politischen Einstellung. Wenig Sinn macht in meinen Augen allerdings die Überhöhung der Bedeutung des Steuerfusses. Wenn beispielsweise die GLP verlangt, dass nun die Kinderbetreuung gefördert werden müsse, bin ich ganz bei ihr. Nur ist das keine Budgetfrage. Es liegt eine konkrete Vorlage des Regierungsrats vor (Kostenpunkt rund 100 Millionen Franken). Die kann man ganz konkret beschliessen und dann kommt der Betrag ins Budget. Ähnlich ist es auch mit der Verbilligung der Krankenkassenprämien. Die Frage ist doch, wie nötig ist sie und wie setzt man sie konkret um und weniger, was macht man mit dem zu viel an Geld. Ganz abgesehen davon, dass die gute Finanzlage Kompromisse erlaubt, wenn man sich nicht darauf versteift, die Frage der Höhe des Steuerfusses zur zentralen Politikfrage hinauf zu stilisieren.

CS, GPK und Umfahrung Eglisau

Traktandiert war der CS-Zusammenbruch für die Kantonsratssitzung am Montag zwar nicht. Aber dafür gibt es Fraktionserklärungen. Ordentlich standen der Rechenschaftsbericht der Geschäftsprüfungskommission und die künftige Strassenführung in Eglisau im Zentrum.

Koni Loepfe

Will man böse sein – und das juckt mich manchmal schon – kann man sagen, zum Glück gibt es Parteiprogramme. Deren leicht abgewandelter Inhalt lässt sich fast in jeder Situation in eine Fraktionserklärung gießen. Also auch zur Übernahme der CS. Für die SP hielt Sibylle Marti fest: «Das Management hat nichts, aber auch gar nichts getan, um die Bank zu retten. Der einzige Fokus lag auf kurzfristigen Boni. Unfassbare 32 Milliarden Boni hat die CS in den letzten zehn Jahren ausbezahlt – bei gleichzeitig 3,2 Milliarden Franken Verlust.» Deshalb sollen nun die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und für die zigttausend CS-Angestellten gute Lösungen gefunden werden. Zudem verlangt die SP einen Lohn- und Bonideckel sowie nach einer weitergehenden Regulierung für den neuen Riesen UBS, die nun «way too big to fail» sei. Vorbild soll die demokratisch kontrollierte Zürcher Kantonalbank sein, wobei – und das ist von mir – auch schon Kantonalbanken Pleite gingen.

Markus Bischoff hielt für die AL fest, dass der Staat wieder ein Flaggschiff des Zürcher Bürgertums retten musste, weil die Bank ihr wichtigstes Kapital, das Vertrauen verlor. «Betroffen vom Missmanagement sind in erster Linie die Mitarbeitenden der CS. Es ist offensichtlich, dass bei einer Fusion Arbeitsplätze vernichtet werden. Die UBS hat dafür einen grosszügigen Sozialplan zu bieten.»

«Betroffen vom Missmanagement sind in erster Linie die Mitarbeitenden der CS.»

Markus Bischoff, AL

Ein Kernpunkt der Erklärung von Thomas Forrer für die Grünen – neben dem Slogan «Gewinne privat, Verluste dem Staat»: «Erstaunlich ist, wie rasch Bund und Nationalbank den Deal mit der UBS mit Milliarden-Zusagen unterfüttert haben – wenn man vergleicht, wie untätig Bund, die meisten Kantone und ein Teil der Regierung bei anderen Krisen sind: bei der Klimakrise, der Biodiversitätskrise oder beim Energiemangel, wo der Ausbau der Erneuerbaren noch äusserst schleppend vorangeht.» Für die SVP und deren Sprecher Tobias Weidmann dreht sich Alfred Escher in seinem Grab um, weil «wir das kostbare Erbe einer über 167 Jahre alten Bank verscherbelt haben». Wobei das «Wir» in den

nachfolgenden Passage relativiert wird: «Die Abhängigkeit vom Ausland durch ausländische Aktionäre und Management hat sich als Nachteil für den Finanzplatz Schweiz erwiesen, wie die Aktion der Saudis zeigte.» Na ja, ein paar Schweizer waren doch recht führend im Management der CS beteiligt. Das Heil sieht die SVP darin, dass «die Banken wieder zurück zur Schweizer Tugend finden». Dabei besass Alfred Escher wesentlich mehr globalen Geist als Schweizer Tugend.

Aufsicht Berufsbildung

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission Beat Habegger konnte bei der Behandlung des alljährlichen Geschäftsberichtes mit Befriedigung feststellen, dass eines der Hauptthemen der letzten Jahre, das konsequente Mietermodell bei der Immobilienbewirtschaftung, nun keiner speziellen Aufsicht mehr bedarf, da es sich endlich durchgesetzt hat. Dafür weisen er und fast alle anderen GPK-Mitglieder mit erhobenem Finger darauf hin, dass es bei der Vereinheitlichung des Personalwesens immer noch hapere. «Es gibt 53 Arten der Stelleneinführung in der kantonalen Verwaltung», führte der Präsident aus. Der Regierungspräsident Ernst Stocker erwiderte: «Zentralisieren allein genügt nicht, das Resultat muss auch noch besser sein.» Schlecht steht es um die Aufsicht über die Berufsschulen wegen unklarer Kompetenzen. Das Kapitel Lehrmittelverlag ist für die GPK zwar abgeschlossen, aber für die Mehrheit alles andere als befriedigend gelöst. 2016 hatte der Rat die Überführung in eine Aktiengesellschaft beschlossen, die bisher scheiterte. Nun kommt eine neue Vorlage und dafür ist vorerst wieder die Bildungskommission zuständig.

Eglisau als Zankapfel

Ein dringliches Postulat von Romaine Rogemoser (SVP) und Mitunterzeichnenden zur Verkehrssituation in Eglisau führte zu einer lebhaften Auseinandersetzung, in der man sich gegenseitig zur Wahrheit aufforderte. Worum es bei dieser Auseinandersetzung ging, in der die Bürgerlichen gegen die Klimaallianz ohne EVP gewannen, war nicht ganz klar. Durch Eglisau und über die dortige Brücke führt derzeit eine mit 21 000 täglichen Fahrzeugen befahrene Kantonsstrasse. Dies führt, wie Matthias Hauser (SVP) in seinem möglichen emotionalen Abschlussvotum ausführte, zu Stau und zuviel Lärm für die Anwohner:innen. Das Mittel dagegen sei die Umfahrungsstrasse, die indes aus zwei Gründen auf Schwierigkeiten stösst:

Sie führt entweder durch ein nationales Schutzgebiet, was schwer bewilligungsfähig ist, oder sie wird ganz in einem Tunnel gebaut, was 800 Millionen Franken kosten würde. Eine Brückenvariante, von Calatrava entworfen, hält die Volkswirtschaftsdirektion unter der Führung von Carmen Walker Späh für bewilligungsfähig. Nach Romaine Rogemoser versucht jedoch die Baudirektion, diese Bewilligung mit einem zweiten, vorgezogenen

Die Umfahrungsstrasse führt entweder durch ein nationales Schutzgebiet, was schwer bewilligungsfähig ist, oder sie wird ganz in einem Tunnel gebaut, was 800 Millionen Franken kosten würde.

gen Projekt, der Sanierung der Brücke und der Beruhigung der Kantonsstrasse, zu torpedieren. Dieses Projekt sei eine Geldverschwendung, führte Romaine Rogemoser aus und werde von der Bevölkerung abgelehnt, weil so vor allem die Umfahrung verzögert werde. Zudem erfordert die Brückensanierung eine weitreichende Umfahrung für drei Jahre, was das Gewerbe schädige. Das sei ein Vorwand, erwiderte Rosmarie Joss (SP). Ihr passe einfach Tempo 30 und andere Beruhigungsmassnahmen nicht. Sie würde der Bevölkerung vorgaukeln, dass mit einer Ablehnung der Sanierung die Umfahrung schneller komme. Dabei könne diese auch ohne Rekurse (die so sicher wie das Amen in der Kirche scheinen) frühestens in gut zehn Jahren gebaut werden. Bis dahin sei es wichtig, den unverminderten Verkehr weniger schädlich durch Eglisau zu führen. Baudirektor Martin Neukom erklärte, er nehme das Postulat gerne entgegen. So könne er ausführlich die beiden Projekte samt einem möglichen Terminplan erläutern. Er hofft, dass der Kantonsrat im Sommer 2024 den Projektierungskredit für die Umfahrung samt dem nötigen Richtplaneintrag sprechen kann. Bis zum Baubeginn daure es dann aber sicher noch zehn bis fünfzehn Jahre und insofern sehe er nicht, wie sich die beiden Projekte in die Quere kämen. Die Sanierung der Brücke sei nicht freiwillig.

Vertrag Ja, «Stromfresser» Nein

Der Zürcher Gemeinderat hat den neuen Subventionsvertrag zwischen Stadt und Zürcher Kunstgesellschaft gutgeheissen und ein Postulat überwiesen, das verlangt, Leuchtdrehsäulen und digitale Werbeflächen abzuschalten.

Nicole Soland

Dass das abrupte Ende der Crédit Suisse an der Sitzung des Zürcher Gemeinderats vom Mittwochabend ein Thema war, versteht sich von selbst (siehe dazu auch Seiten 6, 9, 11 und 24). Monika Bättschmann (Grüne) startete die Erklärung ihrer Fraktion mit den Worten, «Gewinne privat, Verluste dem Staat!». Es sei «bemerkenswert», wie rasch Bund und Nationalbank den Deal mit der UBS «mit Milliarden-Zusagen gestützt» hätten, wenn man vergleiche, wie «untätig Bund, die meisten Kantone und auch ein Teil der Regierung bei anderen Krisen sind: bei der Klimakrise, der Biodiversitätskrise oder bei der Energiemangellage (...).

Für die GLP sprach Florine Angele von einer «historischen Blamage für den Finanzplatz Schweiz und insbesondere für den Finanzplatz Zürich». Die Fraktionserklärung der FDP verlas Pärparim Avdili, und er betonte, «weder der Markt noch der Staat sind gescheitert, sondern die jetzigen Managergenerationen einer einstmals sehr erfolgreichen Bank» (...). Bernhard im Oberdorf (SVP) hingegen sagte in einer persönlichen Erklärung, der Fehler sei anderswo zu suchen: «Das Management, das total versagt hat, kam grösstenteils aus dem Ausland. (...) Würde man wieder mehr Schweizer Banker anstellen, würde das nicht passieren.»

Neuer Subventionsvertrag

Maya Kägi Götz (SP) stellte die Vorlage des Stadtrats für eine Totalrevision des Subventionsvertrags zwischen der Stadt Zürich und der Zürcher Kunstgesellschaft (ZKG) vor: Der bisherige Vertrag aus dem Jahr 1988 sei von der Struktur und der Systematik her «nicht mehr zeitgemäss». Auslöser der Totalrevision sei die Erhöhung der Subvention um 4,5 Millionen Franken auf heute 12,87 Millionen Franken für den er-

weiterten Betrieb des Zürcher Kunsthauses durch den Chipperfield-Bau, der im April 2021 eröffnet wurde. Der neue Vertrag habe einen sehr hohen Detaillierungsgrad, inklusive Standards zu Ethik, Anforderungen der Provenienzforschung und Umgang mit der Sammlung Bührle.

Die Grünen hatten den Antrag gestellt, die Behandlung der Vorlage zu sistieren, zogen diesen nun aber zurück. Urs Riklin führte dazu aus, dass in jüngster Zeit Fortschritte gemacht wurden, unter anderem, indem nun der Historiker Raphael Gross die Sammlung Bührle unter die Lupe nehmen soll (siehe P.S. vom 3. März). Dennoch hätten die Grünen noch einige Fragen, zum Beispiel: «Warum erst jetzt?»

Moritz Bögli (AL) erklärte, der neue Vertrag sei «schon besser», aber solange die Bührle-Stiftung involviert sei, bleibe es «schwierig»: Die Stadt sollte die Stiftung dazu bringen, ihr die Sammlung zu überlassen. Zudem enthalte der Vertrag nichts zur Gleichstellung, non-bi-

«Total geht für elektrifizierte Werbung rund ein Drittel des in Zürich solar produzierten Stroms drauf.»

Dominik Waser, Grüne

näre Personen würden kaum und Frauen viel zu wenig berücksichtigt.

Stefan Urech (SVP) stellte fest, «das Kunsthaus wird woke». Dass non-binäre Personen ausstellen könnten, sei offenbar wichtiger als die Kunst. Yasmine Bourgeois (FDP) fand zwar, die linke Ratsseite führe ein «moralinsaures Theater» auf, gab aber trotzdem bekannt, ihre Fraktion



«Sinnlose Energieverschwendung»: Leuchtdrehsäulen wie diese an der Seebahnstrasse beim Lochergut sollen abgeschaltet werden. (Nicole Soland)

heisse die Vorlage gut. Mit 79 gegen 21 Stimmen (von SVP und AL) bei 17 Enthaltungen (der Grünen) kam der Vertrag durch.

Gegen Lichtverschmutzung

Viel zu reden gab sodann ein Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion, das die «Abschaltung und Weitergabe oder Entsorgung der Leuchtdrehsäulen und digitalen Werbeflächen» verlangte. Dominik Waser (Grüne) sprach von «sinnloser Energieverschwendung» und «Lichtverschmutzung». Von den rund 2000 Werbeflächen auf öffentlichem Grund seien 360 elektrifiziert. Während für ein gedrucktes Plakat nur 139 Kilowattstunden (Kw/h) Strom verbraucht würden, seien es bei einem 75-Zoll-Werbescreen bereits 3300 Kw/h, also ungefähr das 23-fache. Total gehe für elektrifizierte Werbung rund ein Drittel des in Zürich solar produzierten Stroms drauf.

Stadtrat André Odermatt gab hingegen zu bedenken, dass die Stadt mit dieser Art Werbung rund 25 Millionen Franken pro Jahr einnehme, gut die Hälfte davon an VBZ-Haltestellen. Bei einem Verbot müssten somit mehr Steuermittel für den öV eingesetzt werden, oder die VBZ müssten sparen. Für die SVP befand Jean-Marc Jung, die linke Ratsseite sei «werbefeindlich» und fügte an, in der DDR sei Werbung auch verboten gewesen... Karin Weyermann (Mitte) gab zu bedenken, dass man Werbung nur auf öffentlichem Grund verbieten könne. Auf der anderen Seite könne deren Einfluss auf Kinder problematisch sein. Die Mitte-/EVP-Fraktion lehne das Postulat mehrheitlich ab. Anna Graff (SP) betonte, man fordere keineswegs ein Werbeverbot, es gehe ja nur um Screens und Säulen auf öffentlichem Grund. Nach ausgedehnter Debatte überwies der Rat das Postulat schliesslich mit 61:55 Stimmen.

Und die Aktionäre?

«Erspartes verloren: Wut bei den Kleinanlegern ist gross», titelte «20 Minuten» am 21. März. Das ist nachvollziehbar, immerhin verlieren durch den Untergang der Credit Suisse wohl viele Menschen ihre Ersparnisse. Ist die Wut dieser Leute auch berechtigt? Immerhin sind sie als Miteigentümer:innen der Bank zumindest formell mitverantwortlich für das Debakel. Trotzdem gehen sie nicht leer aus; dank der Intervention des Bundes und der UBS erhalten sie wenigstens noch einen Teil ihrer Anlagen in Form von UBS-Aktien. Als verantwortungsvolle Anleger:innen hätten sie sich aber schon seit Jahren Gedanken machen können und müssen, wessen Geschäfte sie mit ihrem Geld finanzieren. Dass die CS eine gleichermassen riskante wie rücksichtslose Strategie fuhr, war schon lange bekannt. Sie setzte den Fokus auf Investmentbanking, finanzierte die Jachten russischer Oligarchen und die Erdölförderung mittels Fracking, trieb ein ganzes Land in den Ruin (Moçambique). Von Gewinnen aus diesen Geschäften hätte man gern profitiert. Nun ging es bachab, und man darf weinen.

Nun reden wieder alle über die Boni – das ist richtig, es braucht dringend gesetzliche Grundlagen, um überzogene Bezüge von Managern und Verwaltungsräten für die Deckung des von ihnen angerichteten Schadens nachträglich einzuziehen, aber es ist nur die halbe Wahrheit. «Ist die CS eine

Schweizer Traditionsbank oder eine kriminelle Organisation?», fragte Daniel Binswanger bereits am 18. März in der «Republik», um gleich die Antwort zu geben: «Dieser Unterschied scheint geringfügiger zu sein, als man es jemals für möglich gehalten hätte.» Und diese Analyse trifft wohl nicht nur auf die CS zu, sondern auf einen rechten Teil des globalen Finanzmarkts, insbesondere auf das Investment- und das Private Banking. Gleichzeitig macht uns dieser Finanzmarkt seit rund 25 Jahren syste-

Es wäre an der Zeit, über Aktionärsverantwortung nachzudenken.

matisch zu Mittäter:innen. Schon Ende der 1990er-Jahre schrieb etwa der K-Tipp, dass ein Rabengöttli mache und nicht ein Fondskonto, das viel grössere Rendite verspreche. Heute wird uns auf allen Plakatwänden das Anlegen als selbstverständliche Beschäftigung für Jung und Alt dargestellt. Auch ich als Anlageverweigerer bin über die Pensionskasse in den Finanzmarkt gezwungen. Dass Rendite immer auf Kosten von jemandem geht – und meist nicht auf Kosten eines anderen Spekulanten –,

wird schnell vergessen. Und dass Rendite im Markt grundsätzlich mit Risiko einhergeht, sowieso.

Die CS-Aktionär:innen sind also nicht nur mitverantwortlich für den Ruin von Moçambique, Umweltzerstörungen durch Fracking und die Alimentierung der russischen Kriegskasse, sondern direkt auch für den Kollaps ihrer Bank. Sie hätten es in der Hand gehabt, sie auf einen anderen Kurs zu lenken, oder auszusteigen, als das Geschäftsgebaren zu schurkisch oder eben zu riskant wurde. Sie haben sich entschieden, das nicht zu tun. Trotzdem erhalten sie nun eine Vorzugsbehandlung – kollabiert irgendeine andere Firma, erhält niemand noch 71 Rappen pro Aktie. Es wäre an der Zeit, über eine Gesetzgebung zur Aktionärsverantwortung nachzudenken. Bezogene Dividenden und mit Aktienverkäufen erzielte Gewinne müssten rückwirkend eingezogen werden können, wenn grosser Schaden angerichtet wurde oder der Staat Garantien geben muss.

Finanzanlagen sind nun mal kein harmloses Vergnügen für den rechtschaffenen Bürger. Geld kann Segen spenden oder Verderben, je nachdem, wem man es gibt. Wer seine Hände in Unschuld waschen will, muss sich sehr genau über die Firmen informieren, in die er investiert – oder halt doch zum Sparbüchli zurückkehren.

Markus Ernst

«ABZOCKEREI STOPPEN!»



Am Montagabend haben rund 500 Personen auf dem Paradeplatz gegen die CS-Übernahme und die Boni-Ausschüttungen demonstriert. Die Kundgebung fand unter dem Motto «Abzockerei stoppen!» statt. Dazu aufgerufen haben die Juso, die Jungen Grünen, SP und Grüne Stadt Zürich, feministisches Streikkollektiv, Klimastreik, Bewegung für den Sozialismus BfS, Alternative Liste und Unia. (Gianluca Imbiscuso)

FORUM

Leserbrief zum Artikel «Wo wo Wohnraum neu denken» im P.S. vom 17. März

Fehlentwicklung

Natürlich ist es wichtig, dass an einem Wohnforum der ETH über Wohnformen der Zukunft diskutiert wird. Die Einleitung von Sergio Scagliola macht aber schon deutlich: Damit die Wohnenden überhaupt darüber nachdenken und mitbestimmen dürfen, braucht es andere Randbedingungen. Oder kurz und bündig: Die grassierende Ersatzneubauwelle im Wohnungsbau ist nicht nur klimapolitisch, sondern auch sozial eine leider weit verbreitete Fehlentwicklung. Es sind dringend Rechtsgrundlagen zu schaffen, dass Ersatzneubauten nicht mehr, bzw. nur noch in seltenen Sonderfällen zulässig sind. Es geht stattdessen um sanftes Sanieren im Bestand und um Weiterbauen, d.h. Anbauen, Aufstocken. Und sanft Sanieren bedeutet Sanieren im entsprechend sozialverträglich organisierten bewohnten Zustand, ohne Leerkündigungen. Schluss mit dem Verdichten durch Ersatzneubauten!

Hermann Huber, Zürich

IN KÜRZE

Noigass

Am Donnerstag veröffentlichte der Verein Noigass ein grossformatiges Inserat in der NZZ. Darin fordert der Verein vom Bundesrat klare Vorgaben für eine soziale Wohnpolitik von SBB Immobilien. Der Verein übergab zudem am Donnerstag eine Petition an den Bundesrat, begleitet von einer kleinen Kundgebung auf dem Bundesplatz. Am 25. November 2022 wurde die Volksinitiative «Eine Europaallee genügt – jetzt SBB-Areal Neugasse kaufen» von der Zürcher Stimmbevölkerung angenommen. Damit stellt sich laut Verein die Mehrheit der Zürcher:innen hinter die Forderung von 100 Prozent bezahlbarem Wohnraum auf dem Areal. Die

IMPRESSUM

P.S., die linke Zürcher Zeitung, Auflage: 2450 Ex.

Herausgeber: P.S. Verlag, Hohlstr. 216, 8004 Zürich

Druck: CH Media Print AG, St. Gallen.

Redaktion: Min Li Marti (mlm.), Tel. 044/241 07 60 (Politik), Nicole Soland (nic.), Tel. 044/241 07 60 (Politik/Produktion), Thierry Frochoux (fro.), Tel. 044/240 44 25 (Kultur/Produktion), Tim Haag (tim.) (Volontariat).

Mitarbeit: Koni Loepfe (kl.), Tel. 044/241 06 70, Peter Weishaupt (pw./Korrektorat), Hans Steiger (haste), Tobias Gerosa (tg.), Arthur Schächli (as.), Hermann Koch (hk.), Matthias Erzinger (me.), Angela Bernetta (net.), Roxane Steiger (rst.), Sergio Scagliola (sca.).

Inserate/Abos: Anna Hug, Iris Wehrli, Tel. 044/241 07 60. anzeigen@pszeitung.ch, aboservice@pszeitung.ch.

redaktion@pszeitung.ch, www.pszeitung.ch, PC-Konto: 87-569389-2
Erscheint seit Februar 1999 wöchentlich

Abopreis: Fr. 230.– (GönnerInnen: ab 300.–), enthält 10 x jährlich die Musikzeitung LOOP. Separat-Abo: 33.–, www.loopzeitung.ch

SBB verspreche zwar seit Längerem, die Hälfte der neuen Wohnungen «preisgünstig anzubieten». Die konkreten Taten fehlen aber laut der Medienmitteilung des Vereins Noigass. Die jüngst fertiggestellten Überbauungen werden in einem oberen Preissegment vermietet. Der Bundesrat habe es bisher ver säumt, der SBB griffige Vorgaben für die Wohnpolitik zu machen. Jetzt steht die Neuformulierung der strategischen Ziele für 2024 bis 2027 an. Der Verein Noigass fordert, dass der Bundesrat darin klare Vorgaben für eine soziale Wohnungspolitik macht, die Division Immobilien dazu verpflichtet, neu erstellte Wohnungen zur Kostenmiete anzubieten und die SBB AG dazu anhält, Areal an Genossenschaften und Gemeinden zu tragbaren Bedingungen im Baurecht abzugeben. *mlm.*

Stadion

Die IG Freiräume Zürich West ruft am Mittwoch in einem Offenen Brief den Stadtrat auf, die Zukunft des Hardturm-Areals neu zu überdenken. Nach der Übernahme der CS durch die UBS sei jetzt der ideale Zeitpunkt gekommen für einen Neustart. Der Stadtrat soll nach dem Willen der IG Freiräume Zürich West das Hardturm-Areal definitiv zurückkaufen. Durch das Ende der Credit Suisse sei auch das Projekt Ensemble infrage gestellt. Die Stadt Zürich soll nach Willen der IG Freiräume das Areal für Frei- und Grünräume sowie für bezahlbaren Wohnraum nutzen. *mlm.*

MNA-Whitepaper

In Reaktion auf die im letzten Sommer publik gewordenen Missstände und den Bericht der von der Sicherheitsdirektion in Auftrag gegebenen externen Untersuchung in Bezug auf das Asylzentrum für unbegleitete Minderjährige in Affoltern am Albis (P.S. berichtete) wurde das Netzwerk MNA (mineurs non accompagnés), bestehend aus Mitgliedern aus dem Zürcher Gemeinde- und Kantonsrat, der Sozialarbeit, Psychologie und Sozialpädagogik, aufgebaut. Es zieht an einer Medienkonferenz gestern Donnerstag Fazit: «Missstände wie im Jugendasylzentrum Lilienberg lassen sich verhindern.» Wie? Das Netzwerk fordert eine «Neuausrichtung der MNA-Betreuung». Und präsentiert diese Neuausrichtung konkret in einem «Whitepaper» – also einem Leitfadens. Es soll aufzeigen, wie unbegleitete minderjährige Geflüchtete entwicklungsfördernd begleitet werden sollen. Die Kernfrage, die das Whitepaper aufwirft: Was brauchen Jugendliche Geflüchtete ohne Familienbegleitung? Antwort: Vieles, was bisher nicht immer gesichert war. Wie etwa eine kinderrechtskonforme Unterbringung, Integration und die gleichberechtigte Teilhabe am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben, Zukunftsperspektiven entwickeln zu können, Zugang zu Bildung, Möglichkeit zur Selbstbestimmung; so nur einige Teilpunkte aus dem Whitepaper. Die Checkliste fasst weiter verschiedene Sichtweisen der MNA-Betreuung zusammen und berücksichtigt dabei die Sicht der MNA, der Mit-

arbeiter:innen, der Infrastruktur und dem Umfeld und die Sicht der psychischen und physischen Gesundheit. Ob der «Neuanfang» des Unterbringungs- und Betreuungssystems gelingt, hängt auch vom Gehör der Politik ab – an welches nun appelliert wird. Um die systematischen Missstände in der Unterbringung und die akute Gefährdung des Kindeswohls, wie sie in der externen Untersuchung festgestellt wurden, zu verbessern, sammelt das Netzwerk MNA Unterschriften. Den Appell finden Sie unter www.keine-kinder-zweiter-klasse.ch. *sca.*

Stadtspital

Wie das Stadtspital Zürich am Mittwoch bekannt gab, verzeichnet das Spital erneut in fast allen Bereichen ein starkes Patient:innen-Wachstum. Marc Widmer, Spitaldirektor, betont: «Ein solch starkes Wachstum zeigt das Vertrauen unserer Patient:innen ins Stadtspital Zürich und ist das Verdienst unserer 4200 Mitarbeiter:innen, die in allen Bereichen ein ausserordentliches Engagement leisten.» Das starke Wachstum im ambulanten Bereich widerspiegeln das Grundprinzip «ambulant vor stationär». 2023 wurde daher auch an der Europaallee ein neues ambulantes Zentrum eröffnet. Auch die Zahl der Patient:innen im stationären Bereich steigt leicht an. So ist zwar die Zahl der Geburten im Kanton Zürich gesunken, aber ist in der Frauenklinik weniger stark gesunken als im kantonalen Mittel. Dafür gab es eine Zusatzbelastung im Rahmen der Covid-Pandemie. Das Stadtspital hat im Jahr 2022 1657 Covid-Patient:innen stationär behandelt, davon 155 auf den Intensivstationen. Die Long-Covid-Sprechstunde wurde von 310 Personen besucht. Eine Herausforderung ist der Fachkräftemangel insbesondere im Pflegebereich. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, hat das Stadtspital Zürich 2022 im Rahmen des Programms «Stärkung Pflege» mehrere Projekte lanciert. Dazu wurde die Einstufung aller Funktionen in Pflege und Betreuung untersucht. Die Mehrheit dieser Funktionen wurde höhergestuft. Die weiteren Projekte umfassen flexible Arbeitszeitmodelle, ein Wiedereinstiegsprogramm für die Rückkehr in den Pflegeberuf sowie den Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebots für Pflegefachpersonen und die Förderung der Pflegeausbildungen für Lernende. «Die Stadt setzt mit dem Programm bewusst ein Zeichen für die Pflege- und Betreuungsberufe und setzt die Pflege-Initiative rascher um», so Stadtrat Andreas Hauri (GLP). Das Stadtspital Zürich schliesst das Jahr 2022 mit einem Verlust von 32,7 Millionen Franken ab. Ein Grossteil des Verlusts ist zurückzuführen auf Kosten von rund 31 Millionen Franken für die proaktive Umsetzung der Pflege-Initiative, Temporär-Pflegepersonal sowie die städtisch vorgegebenen Lohnmassnahmen. Auch die ressourcenintensiven Digitalisierungsprojekte und die Teuerung bei Sachaufwand und Lohnkosten belasten das Ergebnis stark. Auf der Ertragsseite führen nicht kosten deckende Tarife sowohl im ambulanten wie auch im stationären Bereich zu Unterfinanzierungen. *mlm.*

OPER THEATER KONZERT

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch

Fr 24. März, 19.00, Opernhaus

La Cenerentola

Oper von Gioachino Rossini

Sa 25. März, 11.00, Opernhaus

Horizonte

Choreographien von Vittoria Girelli, Samantha Lynch und Shaked Heller
19.00, Opernhaus

Anna Karenina

Ballett von Christian Spuck

So 26. März, 14.00, Opernhaus

Siegfried

Oper von Richard Wagner

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 268 77 77, schauspielhaus.ch

Fr 24. März, 18.00, Pfauen. Öffentliche

Führung. 20.00, Pfauen. **Gier** von Sarah Kane

Sa 25. März, 20.30, Pfauen. Poetry Slam

Show: Frühlingsgefühle

So 26. März, 15.00, Pfauen. Gier von Sarah Kane

THEATER AM HECHTPLATZ

044 415 15 15, theaterhechtplatz.ch

Fr 24. März, 19.30. Silvana Gargulio

So 26. März, 18.00. Markus Schönholzer

Di 28. März, 19.30. A-Live

Mi 29. März, 19.30. Hart auf Hart

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich

Fr 24. März, 22.00, TZ

tonhalleLATE Paavo Järvi, Music Director
Strauss, Anschliessend Live Act und
Visuals mit DJ und Musiker*innen des TOZ

So 26. März, 11.15, TZ

Literatur und Musik

Musiker*innen des TOZ;
Sebastian Rudolph, Lesung;
Stefan Zweifel, Einführung
Hosokawa, Nicolas Bouvier

Mi 29. / Do 30. März, 19.30, TZ

Rachmaninow-Zyklus Paavo Järvi, Music
Director; Yuja Wang, Klavier
Hosokawa, Rachmaninow

BLÄSERSERENADEN ZÜRICH

www.blaeserserenaden-zh.com

Mo 27. März, 19.00, Aperó 18.15

Aula Schulhaus Hirschengraben
Classic meets Jazz ZÜRICH WINDS &
Harry White, Saxophon

ENSEMBLE RIPIENO

johannes-kirche.ch

26. März, 17.00, Johanneskirche Zürich
Abendmusik: Dixit Dominus, Ltg. M. Amherd
Musik von Scarlatti und Monteverdi
kombiniert mit Wortbeiträgen von
PfarrerIn Tania Oldenhage

DER GEMISCHTE CHOR ZÜRICH

044 206 34 34, www.gemischter-chor.ch

Do 06. April, 19.30 / Fr 07. April, 16.00
Tonhalle Zürich

Giuseppe Verdi: Messa da Requiem

Margarita Vilsone, Sopran; Deirdre
Angenent, Mezzosopran; Jason Kim,
Tenor; Karl-Heinz Lehner, Bass
Tonhalle-Orchester Zürich
Joachim Krause, Leitung

NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH

Tonhalle-Billetkasse Tel. 044 206 34 34, hochuli-konzert.ch

Karsamstag 08. April, 18.00, Tonhalle

J.S. Bach, Johannes-Passion

Chor & Orchester Bach-Stiftung SG
Solisten; Rudolf Lutz, Leitung

ZÜRCHER SING-AKADEMIE

043 344 56 60, sing-akademie.ch

Sa 25. März, 19.30, Tonhalle Zürich

So 26. März, 17.00, Alte Reithalle Aarau

G. F. Händel: Alexanderfest

Zürcher Sing-Akademie & Orchestra
la Scintilla, mit Anna El-Khasehm,
Gwilym Bowen und Andrew Foster-
Williams, Leitung; Riccardo Minasi



p.s. IBAN: CH40 0900 0000 8756 9389 2
DIE LINKE ZÜRCHER ZEITUNG

UR[®]
www.URR.ch

Im Auftrag Ihrer Zufriedenheit!

Umzug

Transport

Einlagerung



+41 62 824 04 40



CS-Übernahme: Fragen über Fragen

«Ein Zombie ist weg, doch ein Monster entsteht.» So kommentierte Christoph Eisenring in der NZZ die Übernahme der CS durch die UBS. Der Deal scheint vorteilhaft für die UBS: Sie bezahlt für die Credit Suisse lediglich drei Milliarden Franken. Die Schweizerische Nationalbank SNB gewährt weitere 100 Milliarden an Liquiditätshilfe. Und der Bund sichert das Risiko eines Totalverlusts ab: Wenn alle Stricke reissen, muss die UBS die ersten fünf Milliarden tragen, der Bund übernimmt die nächsten neun Milliarden. Zusätzlich gibt der Bund via SNB weitere 100 Milliarden an zusätzlicher Liquiditätshilfe, falls die bisher gesprochenen Hilfen der SNB nicht ausreichen würden. Der Bund würde also im Extremfall mit 109 Milliarden Franken belastet.

Eigentlich wollte ich diese Woche ja über den wachsenden Bedeutungsverlust der Geistes- und Sozialwissenschaften schreiben. Und was das für die Gesellschaft bedeutet. Aber wenn da schon ein so grosses Monster geschaffen wurde, dann ist es natürlich schwierig, das Monster im Raum zu ignorieren. Und vielleicht hat ja das eine mit dem anderen zu tun.

Nun bin ich weder Bankenspezialistin noch Finanzpolitikerin. Ich habe also nicht mehr Ahnung als alle anderen halbwegs interessierten Medienkonsument:innen auch. Aber ich habe den leisen Verdacht, dass hier auch noch weit Klügere und Informiertere im Dunkeln tappen. Auch wenn immer mehr Informationen bekannt werden.

Ich habe den leisen Verdacht, dass hier auch noch weit Klügere und Informiertere im Dunkeln tappen.

Ich hätte da also ein paar Fragen, wie dies Inspektor Columbo jeweils zu sagen pflegte. Mit dem Unterschied, dass Columbo schon zu Beginn weiss, wer schuldig ist. Gleiches kann man für jene Verschwörungstheoretiker:innen sagen, die jeweils behaupten, sie würden nur Fragen stellen (deren Antworten sie aber jeweils schon wissen). Nun denn, ich habe wirklich Fragen und ich hätte auch wirklich gerne Antworten.

War die Übernahme der CS durch die UBS die beste Option? Laut Medienberichten gab es auch andere Optionen. So hatte die Investmentfirma Black Rock Interesse gezeigt, ebenso die Saudi National Bank. Andere vertreten die Ansicht, es wäre besser gewesen, wenn die Nationalbank oder der Staat die Credit Suisse übernommen

hätten. So etwa Ex-CS-Banker Oswald Grübel in einem Interview mit dem «Spiegel». Auch Urs Birchler, Ökonom und ehemaliges Mitglied des Direktoriums der Nationalbank ist der Ansicht, dass eine vorübergehende Verstaatlichung eine bessere Lösung gewesen wäre. Adriel Jost vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern hält es gar für «rätselhaft», dass man sich nicht für Verstaatlichung entschieden hat. Die Argumentation ist jeweils, dass nach der Fusion ein so grosses Gebilde – ein Monster eben – geschaffen würde, dessen Grösse noch zu viel gewaltigeren volkswirtschaftlichen Risiken führen würde. Ausserdem ist so eine grosse Fusion sehr anspruchsvoll und führt dazu, dass sich die UBS mehrere Jahre intensiv mit sich selber beschäftigen muss. «Kein Wunder, freuten sich die Finanzminister der Konkurrenzplätze London und New York sehr über die Lösung», meint Adriel Jost dazu. Ausserdem führt diese Lösung dazu, dass Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen.

Finanzministerin Karin Keller-Sutter betonte an der Medienkonferenz des Bundesrats, es handle sich bei der jetzigen CS-Rettung um eine «privatwirtschaftliche Lösung» und nicht um einen «Bail-out». Die «Financial Times» vermutet, Bundesrat, Finanzmarktaufsicht Finma und SNB hätten aus politischen Gründen einen erneuten Bail-out – also eine staatliche Bankenrettung – verhindern wollen. Nur ist die jetzige Lösung auch eine staatliche Bankenrettung, einfach indirekt. Und ob jetzt diese Variante die Leute weniger wütend macht als eine direkte staatliche Beteiligung, ist doch eher fraglich. Vielleicht – und das ist eine weitere offene Frage – wollten Bundesrat, Finma und SNB diese Lösung, weil US-Finanzministerin Janet Yellen sowie der britische Schatzkanzler Jeremy Hunt darauf gedrängt haben?

Bei der letzten Finanzkrise 2008 wurde eine umfangreiche Regulierung beschlossen, die sogenannte «Too big to fail»-Gesetzgebung. Darin sind unter anderem Vorgaben zum Eigenkapital, zur Aufsicht sowie zur möglichen Auftrennung bei drohender Insolvenz enthalten. Dieses Instrumentarium kam allerdings gar nicht zum Einsatz. Die Begründung dafür ist, dass dieser Fall andere Ursachen habe als die damalige Bankenkrise. 2008 ging es um faule Kredite, heute um Probleme mit den ansteigenden Zinsen sowie einer Vertrauenskrise. Aber nichtsdestotrotz war der Sinn und das Versprechen der Too-big-to-fail-Regulierungen ja, dass solche Fälle nicht mehr eintreten sollen. «Haben sie (die Behörden) gewusst, dass diese nicht funktionieren, und gelogen? Oder haben sie naiv an etwas geglaubt, das im Notfall auf den ersten Blick nicht funktioniert», fragt sich Urs Birchler in

einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger». Und nicht nur er.

Viel Empörung hat die Aussage von Finma-Präsidentin Marlene Amstadt ausgelöst, die den Sozialen Medien die Schuld am Debakel gab: «Seit Oktober 2022 führten in den Sozialen Medien ausgelöste Gerüchte zu massiven Abflüssen an Kundeneinlagen bei der CS.» Auch CS-Verwaltungsratspräsident Axel Lehmann sah hier die Hauptursache: ««Der Social Media (Shit-)Storm hatte enorme Auswirkungen. Zu viel kann plötzlich zu viel sein.» Nun hat sich die Welt durch die sozialen Medien tatsächlich verändert. Gerüchte, Ängste und Panik können dadurch schneller und weiter verbreitet werden. Das kann einen Vertrau-

Social Media können durchaus als Brandbeschleuniger wirken. Nur die Brandursache sind sie nicht.

ensverlust verstärken und zu einem sogenannten «Bank run» führen – also, dass alle Leute auf einmal ihr Geld abholen wollen. Das überlebt keine Bank. Social Media können also durchaus als Brandbeschleuniger wirken. Nur die Brandursache sind sie nicht. Die ist in den vielen Fehlern des CS-Managements zu suchen.

Es gäbe noch viele Fragen: Zum Rechtlichen, zum Trennbankensystem. Aber ich frage am Schluss lieber das: Müssen wir diese Krisen nicht eher psychologisch denn ökonomisch erklären? Wie kommt es denn zu einer derartigen Selbstüberschätzung sowie zu einem derartigen eklatanten Mangel an Verantwortungsbewusstsein in der Führung einer Branche? Wieso sind wir so abhängig von einem System, das gesteuert wird von irrationalen Gefühlen? Warum muss man das Vertrauen der Märkte gewinnen und nicht der Menschen? Das ist ein bisschen polemisch, ich weiss. Aber wenn sich die Geschichte gerade so offenkundig wiederholt, dann sollte man vielleicht tatsächlich den Geschichtsunterricht stärken, statt mehr Ökonomie, wie es die Wirtschaft fordert.



Min Li Marti

Steine, die aus dem Leben erzählen

In Gedenken an den Bildhauer Paul Sieber

Am 3. Februar ist der Künstler Paul Sieber für uns alle unerwartet und still gestorben. Paul ist 1942 am Fusse der gewaltigen Stockhornkette auf dem «Sitz», einem grünen Hügel über dem damals verträumten Gurbetaler Dorf Burgistein in der Nähe von Thun geboren und zusammen mit seinen fünf Geschwistern in einer Selbstversorgerfamilie aufgewachsen.

Burgistein: Der Stein hat sein Lebenswerk als Bildhauer geprägt. Auf seinem Werkplatz im Tiefenbrunnen sind wir einmal ins Gespräch gekommen, Paul der Künstler und ich als einstiger Student der Geologie. Wir haben uns ausgetauscht über die Geschichte der herumstehenden Steine, über die Hitze, den Druck, das Erkalten und Erstarren, das Ab- und Auftauchen in den Erdschichten während der Gesteinsbildung.

In Pauls Skulpturen bringen die Steine die Kraft dieser Geschichte mit – und liessen Paul mit Meissel und Bohrer Menschheits-Geschichten erzählen, die ihn als engagierten Zeitgenossen umgetrieben haben. Seit 1973 erinnert in Riesbach seine Skulptur «Salvador Allende» an die Ermordung des chilenischen Hoffnungsträgers. In Aussersihl haben Pauls Steingeschichten gewichtige Spuren gelegt: Hinter der Jakobskirche steht – in Walliser Kalkstein ge-

hauen – drei Meter hoch aufragend das «Lebenselixier», Pauls Beitrag zu einer Aktion gegen die Wohnungsnot unter dem Tolstoi-Titel: «Wieviel Erde braucht der Mensch?»

Am Helvetiaplatz erzählt das vier Meter hohe Modell der Cheopspyramide von den wundersamen Mythen der altägyptischen Sonnenreligion; Paul hat die Granitquader als Abfall beim Umbau der Langstrassenunterführung entdeckt und ihre Herkunft aus dem Bau des ersten Gotthardtunnels erkannt. Die Pyramide war 1984 sein Beitrag zur vielbeachteten Ausstellung Phänomene, sie hat dann in der Zeit des Quartierzentrums Kanzlei hier Asyl erhalten. Über dem Portal des Seebahntunnels beim Lochergut wachsen steinerne Jahreszahlen aus dem Boden und berichten aus der Eisenbahngeschichte des Quartiers – und, aus dem Untergrund nachstossend, von einer noch ungewissen Zukunft.

Vor dem Cafe Boy im Sihlfeld, dort, wo sich das Grundwasser der Sihl durch die eiszeitlichen Schotter drückt, steht die Skulptur «Zimmerwald 1915». Zusammen mit seinem Freund Bruno Kammerer wollte Paul sie als Denk-Mal' zum 100-jährigen Jubiläum der Sozialistenkonferenz am Ort des Geschehens errichten. Noch wartet das Kunstwerk auf die Bewilligung des Zimmerwalder Gemeinderates. Die dazu gehörende Frage des Bildhauers, «ist die Saat



Hinter der Jakobskirche steht – in Walliser Kalkstein gehauen – drei Meter hoch aufragend das «Lebenselixier», Pauls Beitrag zu einer Aktion gegen die Wohnungsnot unter dem Tolstoi-Titel: «Wieviel Erde braucht der Mensch?» (zVg)

aufgegangen?», hat dessen Entscheid wohl nicht erleichtert.

Mit Paul verlieren wir einen lebenswürdigen Freund, einen, der aus Liebe zu den Menschen und seiner

Teilnahme an den Fragen der Zeit mit seiner Kunst zum Nachdenken und Handeln angestossen hat, seine Werke wirken weiter. Hannes Lindenmeyer

Cartoon by Roman Prelicz



Wütend – auf eine Bank und die Bankenlobby

Es ist jetzt einfach etwas spät, wenn sich von FDP über Mitte bis zur SVP landauf landab Parteipolitiker (ich habe bisher nur Männer gehört) lautstark empören, dass sich die Credit-Suisse-Führungsetage über Jahre so viele Boni ausbezahlt und gleichzeitig im Management total versagt hat. Mit grossem Getöse fordert jetzt sogar die FDP diese Boni zurück. Da reibt man sich die Augen: Wo waren sie denn, als es im Nationalrat darum ging, Bonuszahlungen für systemrelevante Banken zu unterbinden? Das hat die SP immer wieder gefordert – wir hatten keine Chance gegen die bürgerliche Bankenlobby. Zu recht wird jetzt die Aufsicht über die Banken kritisiert. Aber wo waren diese Stimmen, als es im Parlament um unsere Forderung nach wirksamen Sanktionen der Finanzmarktaufsicht gegen fehlbare Banken ging? Auch die jetzt vielfach erwähnte Erhöhung der Eigenkapitalquote hat die SP mehrfach erfolglos gefordert. Alle Vorschläge für bessere Rahmenbedingungen für das Bankengeschäft wurden immer wieder mit

Es geht um mehr als um individuelle Managementfehler. Die durch die CS verursachte Krise ist ein Systemversagen.

dem Argument vom Tisch gewischt, man müsse die Banken nur machen lassen, Vorschriften würden nur schaden. Ueli Maurer, der sich als SVP-Finanzdirektor für Steuersenkungen statt für wirksame Regeln für den Finanzplatz eingesetzt hat, sagte noch Ende Jahr, man müsse die Credit Suisse «jetzt einfach ein Jahr oder zwei in Ruhe lassen». Und jetzt

wurde innert wenigen Tagen das Ende dieses Unternehmens – mit einer über 160-jährigen Geschichte und Tausenden von Arbeitsplätzen alleine in Zürich – besiegelt.

Es ist unfassbar: Der Bund übernimmt Milliardenrisiken, weil einmal mehr eine Grossbank versagt hat. Während die Bürgerlichen Sparpakete schnüren und insbesondere die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter in den letzten Wochen behauptete, es hätte nicht genug Geld für Kita-Finanzierung, Witwenrenten oder Investitionen für den Klimaschutz, kann der Bund plötzlich 109 Milliarden an Garantien für den Finanzplatz übernehmen (die 100 Milliarden Liquiditätshilfe der Nationalbank noch nicht eingerechnet). Ich bezweifle nicht, dass das Einschreiten des Bundes nötig war. Aber es ist entlarvend: Die Sparübungen sind unnötig und rein politisch motiviert, denn offensichtlich kann die Schweiz Milliarden mobilisieren, wenn sie will.

Die Verantwortlichen bei der Credit Suisse müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Immerhin sehen das jetzt endlich auch die bürgerlichen Parteien ein. Aber es geht um mehr als um individuelle Managementfehler. Die durch die Credit Suisse verursachte Krise ist ein Systemversagen. Ein Bankensturm lässt sich letztlich nicht wegeregulieren. Aber das Risiko kann und muss dringend mit besseren Regeln minimiert und die Auswirkungen für die Gesellschaft begrenzt werden, damit so etwas nie wieder passiert. Die neue Super-Grossbank, die durch die Übernahme entstanden ist, garantiert nicht für mehr Stabilität, sondern erhöht die Risiken für den Staat und die Wirtschaft noch mehr. Bleibt zu hoffen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen der Bankenlobby im Parlament für griffigere Rahmenbedingungen im Bankensektor bleibt.



Céline Widmer,
Nationalrätin SP

Verdrängt aus der Stadt

Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum. So ist es in Art. 11 des UNO-Sozialpakts verbrieft. Auch in der Bundesverfassung Art. 41 steht, dass sich Bund und Kantone dafür einsetzen, dass «Wohnungssuchende für sich und ihre Familie eine angemessene Wohnung zu tragbaren Bedingungen finden können».

Für immer mehr Bewohner:innen der Stadt Zürich kann dieses Recht innerhalb der Stadt kaum noch erfüllt werden. Es wird schwierig, wenn ein Paar Kinder kriegt und

Es ist entscheidend, dass die Verdichtung sozial und umweltfreundlich geschieht.

eine bezahlbare Wohnung sucht, wenn einer Mieterin gekündigt wird und sie eine neue Wohnung suchen muss. Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung gleicht einem Spiessrutenlauf.

Mit Verdichtung lässt sich Wohnraum schaffen, ohne mehr Grünraum zu überbauen. Auch erlaubt es eine gut geplante Verdichtung, eine kulturelle – und kulinarische – Aufwertung und ein «Altstadt-Feeling» zu schaffen. Doch wie sich im Seefeld gezeigt hat, droht mit der Verdichtung auch die soziale Verdrängung. Diese sogenannte Seefeldisierung ist nun auch wissenschaftlich erwiesen. Die ETH Zürich hat die Veränderung der Bevölkerung in den Jahren 2014 bis 2019 untersucht. In dieser Zeit mussten rund 13 000 Menschen im Kanton Zürich umziehen und ihr Quartier verlassen, weil ihr Haus abgerissen oder ihre Wohnung saniert wurde. Das entspricht der Grösse einer mittleren Agglomerationsge-

meinde wie beispielsweise Meilen.

Dazu braucht es klare Vorgaben für einen Mindestanteil für bezahlbare Wohnungen und gemeinnützige Wohnbauträger. Dieser Anteil muss umso höher sein, umso grösser die Verdrängungsgefahr ist. Damit das Quartier lebt, braucht es zudem eine Vorgabe, im Parterre Gewerbeflächen zu schaffen – statt Wohnungen, wo dann verständlicherweise als erstes die Stores runtergelassen werden. Auch braucht es Vorgaben für einen Anteil von Grünräumen und -fassaden. Im Ausgleich dazu können gewisse Bauvorschriften gelockert werden, um die Verdichtung zu unterstützen.

Kurzfristig kann damit aber die Wohnungsknappheit nicht verringert werden, weil solche Projekte zur qualitativen Verdichtung Jahre brauchen. Ein wichtiger kurzfristiger Hebel zur Schaffung von Wohnraum ist hingegen die Erhöhung der Belegung. Das Potenzial hierzu ist riesig. So gibt es schätzungsweise 410 000 Haushalte, in denen nur eine Person in einer Wohnung mit vier oder mehr Zimmern wohnt. Und in den zehn grössten Städten gibt es über 100 000 Zweitwohnungen – Wohnungen von Wochenaufenthaltern sind hier nicht mitgezählt. Deshalb haben wir mit einem Fraktionsvorschlag in Bern folgende Massnahmen angeregt:

- Recht auf Wohnungstausch ohne Mieterhöhung, wenn dadurch die Belegung verbessert wird;
- Mindestbelegung als Auflage für Neubauten im urbanen Raum;
- Berücksichtigung von Belegung bei der Neuvergabe von Wohnungen;
- Einschränkung von Zweitwohnungen in urbanen Zentren.

Damit liesse sich innerhalb kurzer Zeit Wohnraum schaffen, welcher der sozialen Verdrängung wirksam entgegenwirken würde.



Bastien Girod,
Nationalrat Grüne

«Nur weil der Staat baut, gehen die Mieten nicht automatisch runter»

Vorkaufsrecht, Verbot von Airbnb, mehr Genossenschaftswohnungen – Ideen gegen die Wohnungsnot gibt es viele. Doch was nützt tatsächlich? ETH-Forscherin Sibylle Wälti ist überzeugt: Mit Verdichtung haben in Zürich locker 300 000 Menschen mehr Platz, wie sie im Gespräch mit Simon Jacoby erklärt.

Wenn die Wirtschaft wächst, steigt auch die Nachfrage nach freien Wohnungen. Doch Arbeitsplätze entstehen schneller, als Wohnraum gebaut werden kann. Deshalb kennt die Stadt Zürich bereits seit Jahrzehnten eine eklatante Wohnungsnot – derzeit liegt die Leerstandsrate bei 0,07 Prozent. Schweizweit sieht es noch leicht besser aus, doch auch da sind nur 1,3 Prozent aller Wohnungen auf dem Markt.

Wie kann diese Wohnungsnot gelindert werden? Was nützt ein Vorkaufsrecht der Gemeinden? Inwiefern sind starre Regeln an der behäbigen Bautätigkeit schuld und wie kann verdichtet werden, ohne dass Menschen aus der Stadt vertrieben werden? Die ETH-Forscherin Sibylle Wälti fordert, dass mehr gebaut und vor allem mehr verdichtet wird. Denn nur so könne die Wohnungsnot gelindert werden.

Zum Start eine persönliche Frage: Wie und wo wohnen Sie?

Sibylle Wälti: In Baden in einer städtischen Wohnung ohne Lift und ohne Balkon. Zu dritt haben wir eine Fläche von 75 Quadratmetern, also 25 pro Kopf. Das ist weit unter dem Durchschnitt von 46,6 Quadratmetern, doch wir wohnen auf so wenig Fläche sehr gut.

So wie Ihnen geht es nicht allen. Eine bezahlbare Wohnung zu finden wird immer schwieriger. Vor allem in den grossen Städten. Was ist Ihren Erkenntnissen nach die Ursache für die Wohnungsnot?

Wegen der Nähe zur Arbeit würden wir auch lieber in Zürich wohnen, doch das ist bekanntlich chancenlos. Und die Wohnungsmangellage in der Stadt Zürich ist längst kein neues Phänomen: Seit den 1940er-Jahren waren nie mehr als zwei Prozent der Wohnungen leer und seit den 1960er-Jahren bewegt sich der Leerstand sogar meist im Promillebereich. Die Hauptursache ist das Wirtschaftswachstum. Die Anzahl Vollbeschäftigte hat sich seit 1960 fast verdoppelt und dadurch auch die Nachfrage nach Wohnraum. Doch die Wohnungsproduktion ist unflexibel und konnte der Nachfrage nie folgen, weil wir ein Regelwerk geschaffen haben, das die adäquate Produktion von Wohnraum verunmöglicht.

Schuld ist also nicht die Zuwanderung, sondern sind zu starre Regeln?

Selber haben wir nicht genügend Arbeitskräfte, und unsere Wirtschaft ist so stark gewachsen, dass wir auf Zuwanderung angewiesen sind. Diese Menschen brauchen auch ein Dach über dem Kopf. Darum wird in zehn Jahren mit zehn Millionen Menschen in der Schweiz gerechnet. Die Frage ist also: Wo schaffen wir den zusätzlich benötigten Wohnraum?

Im vergangenen Jahr sind in der Stadt Zürich 1151 Wohnungen abgerissen und 2556 neu gebaut worden. Gleichzeitig ist die Bevölkerung um rund 7000 Personen gewachsen. Das Bauen kommt den Menschen nicht nach.

Das 1980 vom Souverän angenommene und 2013 revidierte Raumplanungsgesetz wird durch die kantonalen und kommunalen Richtpläne und in den Nutzungsplänen schlecht umgesetzt. Die letzte richtige Aufzoning in der Stadt Zürich geschah in den 1990er-Jahren. Es gibt zwar scheinbar viel Potenzial, aber es kann von der Immobilien- und Baubranche nicht ausgeschöpft werden.

Warum?

Weil die Grundordnung zu wenig Dichte zulässt und mit den Gestaltungsplänen zu wenig Rechtssicherheit vorliegt. Wer baut, tut dies meist nur noch innerhalb der Grundordnung, weil das Risiko, dass keine Baubewilligung erteilt wird, sonst zu hoch ist. Dies führt dazu, dass zwar häufig abgerissen und neu gebaut wird, um energetisch zu erneuern oder das Verdichtungspotenzial der Grundordnung zu nutzen. Oft leben danach kaum 50 Prozent mehr Menschen auf dem Areal als vorher, dafür zum doppelten Preis.

Trotzdem können so mehr Menschen in der Stadt leben.

Aber immer noch nicht genügend. Das Ziel muss Verdichtung ohne Verdrängung heissen. Darum müssen wir uns sehr gut überlegen, wo Weiterbauen im Bestand reicht und wo es Ersatzneubauten braucht. Sonst entstehen an peripheren und weniger gut mit dem öV erschlossenen Lagen mehr Wohn- und Verkehrsflächen. Dann

braucht es das Auto, und was ist die Folge? Noch mehr Stau. Umso mehr müssten an zentralen Lagen in der Stadt Zürich doppelt oder dreifach so viele Leute leben dürfen. Ein Anteil der Wohnungen kann dann auch gemeinnützig sein, wie das der Paragraph 49b bei Aufzonungen einfordert. Und es braucht dafür Mindestbelegungsvorschriften, Wohnflächenbeschränkung und Vergabekriterien, sodass benachteiligte Personen Platz finden.

Sie wollen zwar nicht um jeden Preis verdichten, aber es scheint Ihr Hauptrezept zu sein. Reicht dies wirklich gegen die Wohnungsnot?

Gemeinnütziger Wohnraum macht für wenige Wohnraum günstiger, löst aber nicht die Wohnraum-mangellage. Um die Ursache des Mangels zu bekämpfen, ist Verdichtung der einzige zielführende Weg. Dann wären auch die weitere Zersiedlung, der zunehmende Autoverkehr, die Gentrifizierung und der steigende CO₂-Ausstoss eingedämmt. Eine Stadt Zürich mit verdichtetem gebautem Wohnraum an zentralen Lagen sollte nicht nur Platz für ein Plus von 100 000 Personen haben, wie es im kommunalen Richtplan steht, sondern für 300 000.

Denken Sie wirklich, in Zürich haben 300 000 Menschen mehr Platz als heute, wenn nur genug verdichtet wird?

Ich nenne Manhattan gerne als Beispiel: Etwa gleich grosse Fläche wie die Stadt Zürich, aber mit 1,7 Millionen Menschen, die dort wohnen, und mit viel mehr Arbeitsplätzen. Selbst wenn Zürich um 300 000 Personen wächst, sind das noch nicht einmal die Hälfte von Manhattan.

Sie sprechen von Sondernutzungen und von Regeln, die schnelles Bauen verhindern. Damit argumentieren Sie wie der Hauseigentümergebund und bürgerliche Politiker:innen, die weniger Regulierung und weniger Einsprachemöglichkeiten fordern. Ist denn beispielsweise der Lärmschutz derart hinderlich?

Der Lärmschutz ist nicht das Problem. Deswegen sind aktuell rund 1000 Wohnungen blockiert, und auf die 300 000 Menschen, die Zürich



Mit Verdichtung haben in Zürich locker 300 000 Menschen mehr Platz, ist ETH-Forscherin Sibylle Wälti überzeugt. (Sophie Stieger)

für «eine Stadt der kurzen Wege» braucht, ist das nicht signifikant. Wir haben den Verkehrslärm, weil die Leute zwar in Zürich arbeiten, aber nicht hier wohnen können. Mobilität statt Nähe ist das Problem! Einsprachen gegen Baugesuche wegen dem Lärmschutz werden vielfach deshalb gutgeheissen, weil bei der Erstellung der raumplanerischen Grundlagen respektive im Baubewilligungsprozess Fehler gemacht wurden. Oftmals ist die Interessenabwägung fehlend oder mangelhaft. Die Gerichte können sodann gar nicht anders, als zu Gunsten der Einsprecher zu entscheiden.

Sie sagen also, dass es mit besseren Bauprojekten schneller gehen würde?

Nein, die Bauprojekte sind nicht das Problem. Es braucht eine zielführende Verdichtungsstrategie in den Richt- und Nutzungsplänen. Zudem muss der Lärm an der Quelle beseitigt werden, soweit verhältnismässig ist da der Staat verantwortlich. Erst dann können Baugesuche so gestaltet werden, dass sie bewilligungsfähig sind.

Es könne zu wenig gebaut werden, sagen Sie, dabei ist die Stadt voller Baustellen.

Diese Wahrnehmung täuscht, denn im Verhältnis wird viel zu wenig Wohnraum geschaffen. Wenn ein Bürohochhaus für 2000 Vollbeschäftigte gebaut wird, müssten gleichzeitig vier bis fünf Wohnhochhäuser mit 2000 Wohnungen für die generierte Wohnraumnachfrage gebaut werden. Die Produktion von Geschäftsflächen ist eben viel einfacher als von Wohnraum, und so hinkt man seit Jahrzehnten hinter dem Bedarf her. Dass der Flächenkonsum pro Kopf beim Wohnen zugenommen und beim Arbeiten abgenommen hat, macht es nicht einfacher.

Eine kantonale Volksinitiative will, dass Gemeinden ein Vorkaufsrecht auf Grundstücke bekommen. Könnte dies den Wohnraum verbilligen?

Für wenige kann damit Wohnraum verbilligt werden. Gesamtgesellschaftlich wird die Wohnungsmangellage aber nicht gelöst. Die Regeln, was gebaut werden darf, sind für alle gleich – egal ob das Land dem Staat oder Privaten gehört. Mit schlechten raumplanerischen Rahmenbedingun-

«Ohne Regeln gäbe es an Orten mit viel Arbeit und Freizeit auch viel Wohnraum.»

gen kann darum auch auf Staatsland nicht mehr gebaut werden. Um die Ursache des Problems zu lösen, sollte der Staat aufgefordert werden, den Vollzug des Raumplanungsgesetzes umzusetzen.

Aber der Staat müsste mit den Mieten keine Rendite verdienen, dadurch wären günstige Wohnungen möglich.

Nur weil der Staat baut, gehen die Preise nicht automatisch runter. Mit der geltenden Raumplanung kann auch der Staat bei hoher Nachfrage weiterhin nur wenig bauen. Es braucht also mehr Wohnungsbau, damit die Mieten sinken.

Die Mieten sinken also nur ohne Regulierung?

Alle Einschränkungen haben ihren Preis. Beim Wachstum der Arbeitsplätze gibt es keine Beschränkungen, beim Bauen aber sehr restriktive. Das treibt den Preis in die Höhe. Im Moment führt der «Einschränkungseffekt» in der Stadt Zürich dazu, dass der Wohnraum mehr als dreimal zu teuer ist, als

wenn genug gebaut werden könnte. Ohne Regeln gäbe es an Orten mit viel Arbeit und Freizeit auch viel Wohnraum. Aber selbstverständlich braucht es eine Regelung, denn Bauen verursacht Kosten, die alle tragen müssen. Ähnlich zum Verkehr sollten aber die Verursacher:innen dafür geradestehen.

Dies ist aber nicht der Fall.

Eine gemeinsame Lösung wäre schön. Die einen wollen unbegrenzt Profit, die anderen wollen, dass alles dem Staat gehört. Ich verstehe, dass man nicht zulassen will, dass die Rendite in die Tasche von Einzelnen fliesst. Wenn aber verhindert wird, dass richtig viel Wohnraum entstehen kann, dann führt es leider genau dazu. Jede Eigentümerschaft von Wohnraum, institutionell oder privat, profitiert von der Verknappung. Es müsste also im Interesse aller Mieter:innen sein, in der Schweiz sind das 58 Prozent, dass mehr Wohnraum geschaffen wird.

Neben der Verdichtung setzen Sie sich stark für die 10-Minuten-Nachbarschaft ein. Also wohnen, arbeiten und Freizeit im Quartier. Wie würde dies die Wohnungsnot lindern?

Ja, und auch hier gilt: Es muss konsequent dort Wohnraum gebaut werden, wo öV-Anbindungen gut und der Alltagsversorgungsgrad bereits hoch sind und ein Nachfrageüberhang nach Wohnraum herrscht. Dies führt zu tieferen Mieten. Ausserdem sind 10-Minuten-Nachbarschaften auch ökonomisch und ökologisch sinnvoll, weil die Abhängigkeit durch den motorisierten Individualverkehr markant abnimmt und damit weniger Emissionen und Infrastrukturkosten entstehen. Das heisst aber nicht, dass wir einfach überall verdichten, denn nicht jeder Ort eignet sich dazu. Im Gegenteil: Das Dorf soll Dorf und die Landschaft intakt bleiben. Doch die Stadt soll endlich Stadt werden.



Blick in die Oblichthalle mit Besucher:innen der «Wende»-Ausstellung. (Art Dock Zürich)

Ein Fest für die Zürcher Kunst

Mit einem grossen Frühlingsfest feiert das Art Dock Zürich am Sonntag, 2. April seinen 20. Geburtstag.

Nicole Soland

Letztes Jahr machte das Art Dock vor allem mit der – schliesslich enttäuschten – Hoffnung von sich reden, wieder wie früher die beiden letzten verbliebenen Oblichthallen des ehemaligen Güterbahnhofs an der Hohlstrasse in Zürich bespielen zu können (P.S. berichtete). Jetzt jedoch dreht sich wieder alles um die Kunst, die es in der einen Oblichthalle nach wie vor zu sehen gibt: Hier organisieren die Art-Docker:innen um Ralph Baenziger zurzeit eine Ausstellung nach der anderen. Dass schliesslich in den letzten gut drei Monaten genau 68 Künstler:innen ihre Werke zeigen konnten, sei zwar ein numerischer Zufall, sagt Baenziger, das Konzept dahinter jedoch nicht: «Wir möchten, dass unsere Zürcher Künstler:innen in dichter Reihenfolge ausstellen können, sodass innerhalb

der nächsten zwei Jahre alle einmal drankommen», erklärt er.

Demut/Müller als Konstante

Im Laufe der Jahre ging es mit dem Art Dock auf und ab, eine Konstante jedoch gibt es: Am 3. April 2003 präsentierte Art Dock der Öffentlichkeit erstmals die Sammlung Trudi Demut/Otto Müller. Die ursprüngliche Stiftung und heutige Sammlung Demut/Müller ist nach wie vor zugänglich und zum Sinnbild von «Kunst im Güterbahnhof» geworden. Die Stiftung sei bereits 2001 gegründet worden, fügt Baenziger an, ausgestellt wurde sie aber erst ab 2003, dafür gleich zehn Jahre lang – bis 2013 in der alten Zollhalle. Danach zügelte sie in die beiden letzten SBB-Frachthallen beim Hardplatz und stellte dort in der östlichen Oblichthalle bis 2017 epochale Themen wie «Wahnweltwellen» und «Frauenpower» aus. Von 2018–21 diene diese Halle als Infocenter des Polizei- und Justizentrums. Unterdessen ist dort anstelle der von den Art-Docker:innen erhofften Kunstausstellungen der Zirkus Chnopf eingezogen, und die verbliebene

Art-Dock-Halle ist neu aufgeteilt: Ein Drittel für die Oeuvres Demut/Müller, ein zweiter für «120 Kunstmeter», ein letzter für den aktuellen «Wende-Zyklus» mit zurzeit 68 Künstler:innen.

Der «Kunst-Meter» ist wörtlich zu verstehen, denn in den 120 Kunstmetern präsentieren sich 120 Künstler:innen auf je einem Laufmeter. Beim «Wende-Zyklus» hingegen stehen ihnen zwei bis sieben Laufmeter zur Verfügung, auf denen sie sich entfalten können. «Die Kunst-Meter-Dauerausstellung läuft seit 2019 bestens», sagt Baenziger, «am 2. April wollen wir sie mit der «Wende»-Ausstellung nochmals hochleben lassen und die 20-jährige Präsenz der Kunst in den Güterbahnhofhallen feiern».

Das Programm vom 2. April umfasst keine Jubiläumsansprachen, jedoch werden eingeladene Kunstaficionados kurz etwas zu sagen haben. Ansonsten scheint das Programm dem Rechnung zu tragen, worauf Baenziger einen stets hinzuweisen pflegt, wenn man sich mit ihm unterhält: «Weil der Stadt Zürich ihre Künstler:innen egal sind, ist Art Dock in New York bekannter als

in Zürich.» Und so ist auf dem Einladungs-Flyer (siehe www.artdock.ch/20-years/) von einer «Spring Party» die Rede, es gibt einen «Veteran's Brunch», «Welcome Greetings», «Oracle Statements» und «Benefit Auction Sales». Immerhin: Je später der Abend, desto «zürcherischer» wird das Programm, gibt es doch ab 18 Uhr «Wurst Brot Most» und danach «Palaver Trunk Tanz bis 24 Uhr». Und rund um die Uhr spielen La Lupa, Linard Bardill, Zarina Tadjibaeva und die Invisible Dirt Rockers.

Nach der Spring-Party kann man bis Ende April nicht nur alle drei Ausstellungsteile anschauen, sondern es sind auch Künstler:innengespräche geplant: «Im Art Dock wird nicht nur Kunst ausgestellt, sondern es soll auch ein Ort sein, an dem man die Künstler:innen treffen kann», erklärt Ralph Baenziger. Ab Mitte Mai sollen dann die nächsten «Wende-Zyklen» folgen. «Wir machen beschwingt weiter», fügt er an und betont, «das Art Dock will auch weiterhin eine permanente Plattform für Zürcher Kunst sein.»

20 Jahre Art Dock am Sonntag, 2. April von 12 – 24 Uhr, Programm und weitere Infos www.artdock.ch

Es braucht keine fossilen Kraftwerke

Ein Forschungsteam der ZHAW kommt zum Schluss, dass die vom Bund geplanten fossilen Reservekraftwerke für die Stabilität des Schweizer Stromnetzes nicht gebraucht werden. Damit bestärken sie den Klimastreik, der sich gegen die fossilen Ausbaupläne seit längerem wehrt.

Jonas Kampus*

Wer im aargauischen Birr den Ton angibt, bleibt der bahreisenden Besucherin nicht verborgen. Während der Zug langsam zum Stillstand kommt, sticht einem das riesige Emblem des Energiegiganten General Electric (GE) gleich ins Auge. In Birr werden seit Jahrzehnten Turbinen für Kraftwerke getestet, so überraschte es niemanden, als der Bundesrat den Standort für den Bau eines temporären Öl- und Gaskraftwerkes verkündete. Trotzdem war der Wydenhof gegenüber der Industrieanlage von GE an einem Septemberabend bis auf den letzten Platz gefüllt mit wütenden und sich vor den Kopf gestossenen Einwohner:innen. Wie laut das Kraftwerk sein wird und ob nun die Kinder im nahegelegenen Schulhaus unter schlechter Luft leiden müssen, konnten die Verantwortlichen des Bundes nicht beantworten. Es ist das klägliche Resultat einer jahrzehntelangen, bürgerlichen Blockadepolitik in der Energiewende.

Nach den gescheiterten Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU und dem Nein zum CO₂-Gesetz sah die fossile Lobby eine Möglichkeit, in der Schweiz neue fossile Infrastruktur zu bauen. Eine Analyse der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) kam dabei zum Schluss, dass im Falle eines fehlenden Stromabkommens mit der EU ab 2025 in einem Extremszenario die potenzielle Gefahr einer Strommangellage bestünde. Über die nächsten Monate schürten zahlreiche Medien und Parteien gezielt die Angst vor einer Strommangellage mit dem Ziel, den Bau von neuen Atom- und Gaskraftwerken salonfähig zu machen.

Aufgrund einer anhaltenden, auffällig einseitigen und dilettantisch schlecht informierten Berichterstattung sah sich der Bund gezwungen, ein Konzept für den Bau von zwei bis drei Gaskraftwerken bis 2026 mit einer Gesamtleistung von 1000 MW zu erarbeiten. Diese Leistung entspricht jener des AKW Gösgen.

Ölkraftwerk dank Einmarsch Putins

Zu diesem Zeitpunkt fanden bereits die ersten Manöver der russischen Armee an den Grenzen zur Ukraine statt und die nach Europa gelieferte Gasmenge wurde von Russland in unregelmässigen Intervallen künstlich verknappt. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sahen sich die westlichen Staaten mit der Gefahr eines totalen Ausfalls des Importes von russischem Gas konfrontiert, das unter anderem für den Betrieb von Gaskraftwerken in Europa benötigt wird. Weil

gleichzeitig zahlreiche französische AKW aufgrund technischer Probleme nicht am Netz waren, befürchtete der Bundesrat, dass in den Winter- und Frühlingsmonaten zu wenig Strom zur Verfügung stehen würde. Daher zog er die Pläne für die Reservekraftwerke vor und ordnete den Bau und die Wiederinbetriebnahme von Öl- und Gaskraftwerken an. Mittlerweile wurden in Birr acht mobile Öl- und Gaskraftwerke aufgestellt und der Bund hat mit den Betreibern der bestehenden Gaskraft-

«Der rasche Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und der Energieeffizienz bietet sowohl ökonomisch und ökologisch als auch bezüglich Versorgungssicherheit grosse Vorteile gegenüber der Beschaffung von fossilen Reserve-Kraftwerken.»

Zitat aus der ZHAW-Studie

werke in Cornaux NE und Monthey VS Verträge abgeschlossen. Im Falle einer sich abzeichnenden Mangellage würden diese Kraftwerke mit einer Gesamtleistung von 336 MW zu Beginn des Winters zum Einsatz kommen und die Wasserkraftreserve erst gegen Ende des Winters.

Während auch die linken und grünen Parteien mit den Gaskraftwerken zeitweise liebäugelten, wehrte sich die der Klimastreik von Beginn weg vehement gegen den Bau und Betrieb von fossiler Infrastruktur. Allein das Kraftwerk in Birr stösst ähnlich viele CO₂-Emissionen aus wie die Anzahl Einwohner:innen der Stadt Zürich im gleichen Zeitraum. Ein Forscherteam der ZHAW hat nun mit einer eingehenden Analyse verschiedener Studien des Bundes zur Stabilität des Schweizer Stromnetzes mehr Licht ins Dunkel gebracht.

Dank Erneuerbaren sicher durch den Winter

Beim Lesen der Studie fragt man sich, wie der Bund ernsthaft den Bau von fossilen Kraftwerken in Erwägung ziehen konnte. Die Öl- und Gas-

kraftwerke müssten bereits acht Wochen vor einer erwarteten Mangellage in Betrieb genommen werden. Ihre Aufgabe bestünde darin, die Wasserkraft zu entlasten, sodass diese im Notfall genügend Reserve hat, um die Mangellage zu entschärfen. Ein Einsatz bei einem unvorhergesehenen AKW-Ausfall wäre also gar nicht möglich. Doch aus den Studien des Bundes wird nicht klar, wieso diese Aufgabe nicht auch Solar- und Windkraft übernehmen könnte. Die Studienautor:innen weisen darauf hin, dass erhöhte Stromimporte oder das Einsparziel des Stromverbrauchs von zehn Prozent in den Wintermonaten den gleichen Effekt wie der Zubau von weiteren Produktionskapazitäten haben würden. Jürg Rohrer, Mitautor der Studie, stellt dabei klar, dass die Speicherwasserkraftreserve verbindlich sein müsse, sie also nicht auf dem Markt verkauft werden dürfe.

Während die Schweiz zum Glück – dank dem erfolgreichen Referendum von Links – ihren Strommarkt nicht so stark liberalisierte wie andere europäische Staaten, ist die direktdemokratische Mitsprache bei der Stromversorgung trotzdem nur sehr beschränkt möglich. Dies offenbarte sich zuletzt, als die Axpo vom Bund mehrere Milliarden Sicherheitsgarantien erhielt und sich gleichzeitig erdreistet, keinen Beitrag zur Wasserkraftreserve zu leisten. Durch eine direktdemokratische Mitsprache, wie sie der Klimastreik verlangt, könnte sichergestellt werden, dass mit einer klugen Kombination aus Stromeinsparung und Ausbau der Erneuerbaren die Reserven in den Stauseen möglichst lange unangetastet bleiben, und nicht an den Märkten verzockt werden. Gleichzeitig kann auch ausgehandelt werden, welche Bereiche Strom einsparen müssen und im Falle einer Mangellage als Erstes abgestellt würden.

Die Autor:innen kommen dabei zu einem klaren Fazit: «Der rasche Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion und der Energieeffizienz bietet sowohl ökonomisch und ökologisch als auch bezüglich Versorgungssicherheit grosse Vorteile gegenüber der Beschaffung von fossilen Reserve-Kraftwerken.» Eine Ausschreibung von weiteren Reservekraftwerken wäre nicht nachvollziehbar, zumal mit den weiteren Kosten von geschätzten 1,4 Milliarden Franken an Steuergeldern die gleiche Leistung aus erneuerbaren Quellen zugebaut werden könnte. Deren Verfügbarkeit wäre nicht vom Gutdünken Putins abhängig und würde zudem jedes Jahr 100 Millionen Franken an Einnahmen generieren.

* Jonas Kampus ist aktiv im Klimastreik.

Der Ukraine-Krieg und die Folgen für die Linke

Mehr als ein Jahr ist es nun her, dass das Regime von Russlands Präsident Putin den Krieg in der Ukraine mit einer Grossoffensive ausgeweitet hat. Wie soll die Linke mit diesem Krieg umgehen? Für mich sind zwei Fragen entscheidend: Erstens, was sagen die Direktbetroffenen, und zweitens, welchen «Charakter» hat der Krieg?

Cédric Wermuth

Für Linke ist die Sicht der Direktbetroffenen zwar nicht die einzige, aber doch immerhin der erste Hinweis auf eine Position. Diese Idee steckt im Kern der Idee der Selbstbestimmung, die für mich immer noch das Linkssein ausmacht. Bezogen auf den Krieg in der Ukraine ist die Frage schnell beantwortet. Es gibt gerade unter der ukrainischen Linken keine relevante Stimme, die etwas anderes vertritt als die absolute Priorität der militärischen Verteidigung – und zwar durchs Band von anarchistischen bis hin zu sozialdemokratischen Gruppen. Ich habe weder in direktem Kontakt, beim Besuch in der Ukraine noch sonstwo irgendwelche Stimmen gehört, die ernsthaft einen Frieden mit Gebietsgewinnen der Russen akzeptieren wollen, spätestens nicht mehr nach den Massakern von Butscha.

Ehrlicherweise muss man eingestehen, dass sich hier auch eine historische Schuld der westeuropäischen Linken gegenüber Osteuropa versteckt. Wir haben jahrelang nicht zugehört, wenn vor Putin gewarnt wurde, gerade im Fall der Ukraine. Nicht in böser Absicht, aber in einem naiven Glauben an die Notwendigkeit einer globalen Balance unter Einbezug Russlands. Dieser Blick war, man muss es so hart sagen, arrogant, ignorant, ja teilweise fast kolonialistisch. Genau diesen Blick haben gewisse Linke immer noch, wenn sie glauben, es besser zu wissen als die Ukrainerinnen und Ukrainer.

Kein falscher Antimperialismus, kein falscher Frieden

Die zweite Frage ist etwas komplexer: Welchen «Charakter» hat dieser Krieg? Natürlich überlagern sich in diesem Krieg wie in jedem mehrere Konflikte und Interessen. Sicher, die Amerikaner:innen handeln hier nicht aus reiner Menschlichkeit. Auch sie haben ihre Interessen in Osteuropa und

natürlich geht es um geostrategischen Einfluss. Das verleitet (und hat schon in der Vergangenheit) gewisse linke Kreise dazu, die russische Position zumindest teilweise zu verteidigen (und rechte sowieso). Das Argument lautet, dass wir als Linke den schrumpfenden Einfluss der imperialistischen USA als unipolare Weltmacht zugunsten einer multipolaren Welt begrüßen sollten. Die Hälfte davon ist zwar richtig, die andere Hälfte allerdings dramatisch falsch. Natürlich wäre eine Demokratisierung der Weltpolitik zu begrüßen – allerdings nicht unter den aktuellen Vorzeichen. Wenn

Wenn der Preis für die Multipolarität das Erstar- ken des Einflusses auto- ritärer Regime ist, dann kann das keine Perspek- tive für die Linke sein.

der Preis für die Multipolarität das Erstarren des Einflusses autoritärer oder sogar faschistischer Regime in Russland, China oder Indien ist, dann kann das keine Perspektive für die Linke sein. Wie die indische Kommunistin Kavita Krishnan richtig ausführt: «Indem die Linke ihre Reaktion auf politische Konfrontationen innerhalb oder zwischen Nationalstaaten als eine Nullsummen-Option zwischen der Befürwortung von Multipolarität oder Unipolarität darstellt, hält sie eine Fiktion aufrecht, die selbst in ihren besten Zeiten immer irreführend und ungenau war. Aber diese Fiktion ist heute geradezu gefährlich, denn sie dient einzig als Erzählung und dramatisches Mittel, um Faschist:innen und Autoritäre in ein schmeichelhaftes Licht zu setzen.»

Putin kaschiert seine eigenen, offensichtlich ebenfalls imperialistischen Ansprüche hinter einer vermeintlich linken, antiimperialen Rhetorik gegen die «westliche Dominanz». Der Versuch besteht darin, die universellen Menschenrechte als westlichen Kolonialismus abzutun, was auf die Forderung nach einer wertfreien Multipolarität hinausläuft. Im Falle Russlands entspricht das laut Krishnan konkret der Freiheit, im Namen des Antimperialismus gegen die USA «faschistisch sein zu dürfen». Oder wie es die Gruppe Russischer Exillinker in einem Statement im Magazin «International Viewpoint» formuliert: «Wenn Putin von der Zerstörung der amerikanischen Hegemonie in der Welt und sogar von «Antikolonialismus(!)» spricht, meint er keineswegs die Schaffung einer egalitäreren Weltordnung. Putins «multipolare Welt» ist eine Welt, in der Demokratie und Menschenrechte nicht mehr als universelle Werte gelten und die so genannten Grossmächte freie Hand in ihren geopolitischen Einflussphären haben [...] Diese «schöne alte Welt» ist ein wunderbarer Ort für Diktatoren, korrupte und rechtsradikale Politiker. Aber sie wäre die Hölle für Arbeiter:innen, ethnische Minderheiten, Frauen, LGBT-Menschen, kleine Nationen und Befreiungsbewegungen.»

Zur Ideologie und Rhetorik der Gewalt passt bei Putin leider auch die Praxis. Es ist richtig, in Kriegen kommt es sehr oft zu Verletzungen der Genfer Konventionen. Gibt es solche Vorwürfe, müssten sie bei aller klar verteilten Sympathie auf beiden Seiten ernst genommen werden. Das Kriegsvölkerrecht gilt für alle. Aber die russische Seite setzt auf eine Strategie des systematischen Terrors gegen die Zivilbevölkerung. Einerseits, wenn sie öffentliche, zivile Infrastrukturen bombardiert und so versucht, den Widerstand zu brechen. Andererseits, wenn wir sehen, was die



Der Krieg in der Ukraine zwingt die Linke auch zu einer Auseinandersetzung mit dem Nationalismus. (Bild: Tina Hartung / unsplash)

russischen Besatzer anrichten, wenn sie ein Gebiet besetzen und unter anderem systematisch sexuelle Gewalt anwenden. Als brutalstes Mahnmal dafür kann wohl Butscha herhalten. Gerade deshalb warnen Ukrainerinnen und Ukrainer zu Recht vor einem Missverständnis, wenn Putin von «Frieden» spricht. Frieden unter russischer Besatzung bedeutet für die dort lebende Zivilbevölkerung kaum Frieden im eigentlichen Sinn, sondern Unterdrückung.

Nationalismus = Nationalismus?

Ein weiteres Unbehagen vieler betrifft den Eindruck, zwischen zwei Nationalismen entscheiden zu müssen, dem russischen und dem ukrainischen. Die Frage ist, vereinfacht gesagt, ob es einen Unterschied macht, wo welche Grenze eines Nationalstaates durchläuft, da wir als Linke grundsätzlich nicht die grössten Verfechter nationaler Grenzen sind. Wiederum gilt das gleiche wie oben: Auf dem Papier mag das stimmen, im konkreten Fall ist die Frage allerdings zynisch. Aber lassen wir jemanden dazu sprechen, der sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt hat, gerade im Kontext der Ukraine und Russland: Wladimir Iljitsch Lenin. Putin hasst Lenin, weil er ihm die Schuld für die Trennung zwischen der Ukraine und Russland zuschreibt. Grund genug, ihn genau zu dieser Frage zu zitieren. Lenin schreibt 1922 zur Frage der Nationalitäten und zum Verhältnis der russischen Mehrheit zu den nationalen Minderheiten in der damaligen Sowjetunion: «Es [geht] nicht [an], abstrakt die Frage des Nationalismus

im Allgemeinen zu stellen. Man muss unterscheiden zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden Nation und dem Nationalismus einer unterdrückten Nation, zwischen dem Nationalismus einer grossen Nation und dem Nationalismus einer kleinen Nation [...]»

Natürlich ist Lenin eine historische Figur, die ihre Überlegungen in einer ganz bestimmten Zeit entwickelt. Vieles von dem, für was er stand und tat, lässt sich heute kaum mehr verteidigen, gerade in Bezug auf das Vorgehen der Roten Armee in der Ukraine. Aber der nach wie vor aktuelle Kerngedanke in diesem Zitat lautet: Was wir als Nationalismus einer unterdrückten Nation erfahren, ist meist die Forderung nach dem Recht auf Selbstbestimmung und Gleichheit mit anderen Nationen. Der Gedanke an nationalen Zusammenhalt bildet dabei die Klammer, um unterschiedliche Fraktionen der Gesellschaft trotz unterschiedlicher Interessen (z.B. Unternehmer und ihre Angestellten) zusammen auf ein Ziel ein schwören zu können. Diese Form der Einforderung des nationalen Selbstbestimmungsrechts ist eben nicht gleichzusetzen mit dem Nationalismus der unterdrückenden, imperialistischen Nation, oft begleitet von einer rassistischen Überlegenheitsideologie. Lenin entwickelt aus diesem Gedanken seine Theorie zum Selbstbestimmungsrecht, die zur ideellen Grundlage vieler antikolonialer Widerstandskriege werden sollte. Natürlich bleibt dieses Zugeständnis, wie man aus dem Zitat ebenfalls lesen kann, nicht ohne Absicht. Nur der Weg über das Selbstbestimmungsrecht erlaubt es, so Lenin, die

Arbeiterklasse unterdrückter Revolutionen für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Man braucht dieses Ziel nicht in seiner Radikalität zu teilen, um sich der Forderung nach Gleichheit der Nationen anzuschliessen. Die Gleichheit der Nationen bildet u.a. die Grundlage der UNO, festgehalten in Art. 2 Abs. 1 der UNO-Charta: «Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.»

Lenin entwickelt seine Theorie in zweifacher Abgrenzung. Einerseits liefert er sich einen jahrelangen Streit mit Rosa Luxemburg und anderen innerhalb der sozialistischen Bewegung, andererseits natürlich mit den liberal-konservativen Weltmächten und ihren Führern. Oft wird diese Auseinandersetzung mit den Positionen Lenins und Woodrow Wilsons (amerikanischer Präsident von 1913 bis 1921) illustriert. Wilson gilt als Gründer Vater der liberal-konservativen Vorstellung des Selbstbestimmungsrechts. Rita Augusta Knudsen unterscheidet die beiden Konzepte mit den Begriffen des Rechts auf Selbstbestimmung nach Lenin Freiheit als Gleichheit, jene von Wilson Freiheit als Frieden und Nicht-Intervention. Wenn Lenin mit Selbstbestimmung das Recht der Menschen auf Demokratie und soziale Rechte meint (die eben auch einmal gegen das Friedensgebot erkämpft werden dürfen), so meint Wilson – und mit ihm die folgende liberal-konservative Tradition – vor allem die Souveränität der jeweiligen Regierungen. Selbstbestimmung muss in dieser zweiten Tradition nicht unbedingt mit ausgebauten Rechten im Inneren einhergehen. Linke würden sagen,

es sei keine Perspektive «von unten». Frieden meint dann keinen Zustand umfassender positiver Rechte für alle, sondern insbesondere ungehinderter, globaler Handel «von oben». Deshalb ist es eben gerade kein Widerspruch, wenn jetzt Rechtslibertäre in ganz Europa für den «Frieden» mit Russland auf die Strasse gehen. Ihr Frieden würde sich in der Wiederherstellung ungehinderter Warenflüsse erschöpfen. Die «unsichtbare Hand des Marktes» sorgt dann in dieser Idee langfristig für den Durchbruch bürgerlich-demokratischer Ideale (was getrost durch die Realität widerlegt, gelten darf). Dieser Gedanke steckt auch hinter der Neutralitätskonzeption der Rechten hierzulande. Die Neutralität dient der Versicherung, dass keine innere Konstellation eines anderen Staates den Handel beeinträchtigt, z.B. so Dinge wie fehlende Menschenrechte – selbst wenn das auch die Neutralität gegenüber der «Freiheit, faschistisch zu sein» bedeutet. Das ist der Nationalismus der entwickelten Nationen, hierzulande vertreten von der SVP, der dazu dient, die Ausbeutung anderer Völker zugunsten eines national-egoistischen Wohlstandsmodells zu rechtfertigen.

Was heisst das alles für die Linke?

Für die Linke bedeutet dies im doppelten Sinne das, was Etienne Balibar als Strategie der «unity of opposites», also der Gleichzeitigkeit gegensätzlicher Ziele und Strategie, bezeichnet. Dieser erste Gegensatz meint die Notwendigkeit, die Ukraine mit allen möglichen Mitteln in ihrer Verteidigung gegen den russischen Imperialismus zu unterstützen, also auch mit militärischen. Und gleichzeitig bereits an einer Nachkriegsordnung zu arbeiten, die sowohl eine globale Aufrüstungsspirale als eine weitere Zunahme der Dominanz der Nato gegenüber der UNO verhindert. Langfristig kann es eben nur eine Dominanz des Militärbündnisses und damit das Recht des Stärkeren geben oder die Vorherrschaft des Völkerrechts und seiner Institutionen. Genau diesen Gedanken nahm die SP Schweiz auf, als sie vorschlug, den Re-Export von ehemals Schweizer Munition aus anderen Ländern an die Ukraine zu erlauben, sofern eine Mehrheit der UNO-Generalversammlung die Verletzung der UNO-Charta durch Russland feststellt (was der Fall ist). Der Vorschlag erlaubt, weder mit Verweis auf eine vorgeschobene Neutralität passiv bleiben zu müssen noch gezwungen zu sein, das Primat der völkerrechtlichen Weltordnung vor der militärischen Logik aufzugeben. Und hier kommt auch das logische Nein zu weitergehenden, direkten Waffenexporten aus der Schweiz ins Spiel. Diese wären innenpolitisch unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur um den hohen Preis einer generellen Liberalisierung der Waffenexporte und Stärkung der Schweizer Rüstungsindustrie zu haben. Und hier hat die Rechte bereits klar gemacht, um was es ihr geht: Nicht um die Ukraine, sondern um die Möglichkeit, wieder und weiter in Staaten wie Saudi-Arabien und andere Diktaturen exportieren zu können. Das würde jeder menschenrechtsbasierten Politik zuwiderlaufen.

Folgt man dem Gedanken einer langfristig auf das Völkerrecht ausgerichteten Politik weiter, wird auch klar, dass die Frage des Re-Exports von Schweizer Munition nicht der entscheidende Faktor ist, mit dem die Schweiz der Ukraine beistehen kann. Viel wichtiger wäre es, dafür zu sorgen, der Finanzierung der Kriegsmaschinerie Putins und auch künftiger, autoritärer Regimes über die Schweiz Einhalt zu gebieten. Dies verlangt nicht nur eine rigorose Regulierung des Finanz- und Rohstoffhandelsplatzes, sondern auch einen kon-

Folgt man dem Gedanken einer langfristig auf das Völkerrecht ausgerichteten Politik weiter, wird auch klar, dass die Frage des Re-Exports von Schweizer Munition nicht der entscheidende Faktor ist.

sequenten Ausstieg aus der fossilen Energie, durch deren Kontrolle und Verkauf sich das Regime Putins schlussendlich finanziert. Dass genau dies aber von der Verwaltung und den bürgerlichen Parteien blockiert wird, zeigt, wie scheinheilig deren verbale Unterstützung der Ukraine letztendlich eben oftmals ist.

Zweitens bedeutet es über Balibar hinaus auch eine «unity of opposites», was die Unterstützung der ukrainischen Linken angeht. Diese kämpft nämlich an zwei Orten gleichzeitig: Einmal militärisch mit der Regierung Wolodimir Selenskis um nicht weniger als das Überleben oder zumindest Fortbestehen der Ukraine als Staat. Und ein zweites Mal gegen die Regierung Selenskis um die Frage, wie dieser Staat ausgestaltet werden soll. Natürlich gibt es zwischen diesen beiden Kämpfen eine klare Hierarchie. Man kann keine Auseinandersetzung um einen Staat führen, den es nicht gibt. Aber auch diese Dimension der Auseinandersetzung um die Nachkriegsukraine hat bereits begonnen. Leider spielt die Regierung von Selenksi eine zwiespältige Rolle, teilweise auf Druck westlicher Interessen, aber lange nicht nur. Die Journalistin Anna Jikhareva spricht von einer «Deregulierung im Schatten des Krieges». Der WoZ sagt der ukrainische Energieminister im Rahmen eines Gesprächs am Rande der Wiederaufbaukonferenz in Lugano, an die die Gewerkschaften nicht einmal eingeladen waren: «Das Gute ist», so der Minister zum Schluss, «dass wir als Regierung während des Krieges gesetzlich mehr Macht haben. Die Investoren können mir also einfach sagen, was sie brauchen.» Die Regierung benutzt das Kriegsrecht, um Deregulierungen des Arbeitsrechtes und Privatisierungspläne durchzusetzen, die sie vor dem Krieg nicht durchbrachte.

Die Linke in Westeuropa und anderswo muss eben auch hier drei Dinge gleichzeitig tun: Die Unterstützung der Regierung Selenskis im Kampf gegen den russischen Imperialismus mittragen, die Emanzipation der Ukraine von den «eigenen» Oligarchen vorantreiben helfen und gleichzeitig Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und linke Parteien im Widerstand gegen die neoliberalen Pläne unterstützen. Eine der wichtigsten Forderungen ist dabei der Schuldenerlass für die Ukraine. Vor 70 Jahren trat das Londoner Schuldenabkommen in Kraft. Deutschlands Kriegsfolgeschulden wurden um die Hälfte gekürzt. Erst das erlaubte es dem Land, seine Wirtschaft wiederaufzubauen. Die Ukraine wird ebenfalls einen Schuldenerlass brauchen. Sonst droht die Schuldenlast das Land selbst bei einem erfolgreichen Ausgang der militärischen Auseinandersetzung über Jahrzehnte zu erdrücken. Und was das für die neoliberalen Pläne bedeutet, lässt sich leicht erahnen.

Hier schliesst sich, drittens, der Kreis zur Frage der Verantwortung «des Westens». Auch diese darf die Linke nicht tabuisieren. Es steht ausser Frage, der Krieg in der Ukraine ist Folge des putinschen Imperialismus. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Aber natürlich gibt es eine Vorgeschichte, eine Eskalationsspirale. Wie praktisch immer in Kriegen. Heute ist zum Beispiel unbestritten, dass die Last der Reparationszahlungen infolge Versailler Verträge nach 1918 mithalfen, den Boden für Ressentiments zu schaffen, die die Nazis anschliessend ausnutzten. Niemand würde deswegen den Nationalsozialismus als solchen entschuldigen wollen. Analoges finden wir heute mit einer Eskalationsgeschichte, die mindestens bis zum Fall der Sowjetunion zurückreicht. Es ist kaum ernsthaft in Abrede zu stellen, dass die Nato danach die Rolle der UNO und auch der OSZE zunehmend infrage zu stellen begann und Nato-Staaten Verantwortung tragen für aggressive, militärische Einsätze mit der Folge der Diskreditierung der globalen Sicherheitsarchitektur – als Stichworte reicht der mit blanken Lügen geführte Irakkrieg, der sich eben zum 20. Mal jährt. Und bei allen geostrategischen Debatten über Fehlentscheide und gegenseitige Provokationen, die man führen kann, scheint mir ein zentrales Versagen darin zu liegen, überhaupt erst die Entstehung von Voraussetzungen geschaffen zu haben, die den Aufstieg des mafiösen Komplexes zwischen Putin und der russischen Oligarchie mindestens erleichterten. Dazu gehört erstens der turbokapitalistische Umbau der ehemaligen Sowjetunion mit der dramatischen Abstiegs-erfahrung von Millionen von Menschen. Und zweitens die selbstverschuldete Abhängigkeit von fossiler, russischer Energie. Naiv hat Europa seine Strom- und Energieversorgung dem Markt überlassen. Der «unsichtbaren Hand». Das hat es Putin einfach gemacht, die Politik hinter den Gas- und Öllieferungen verschwinden zu lassen. Diese Abhängigkeit Europas war einer der offensichtlichen Gründe, weshalb man Putin nicht früher Einhalt geboten hat, obwohl er eine «rote Linie» nach der anderen überschritt.

Liebeswahn

Kirill Serebrennikov widmet der fanatischen Realitätsverweigerung einen Kostümfilm.

Ganz Moskau weiss um die miserable wirtschaftliche Lage seines Starkkomponisten Peter Tschai-kowsky (Odin Lund Biron), und die Gerüchte über seine erotischen Vorlieben sind längst ins Gemeinwissen übergegangen. Die junge Antonina Miliukova (Alyona Mikhailova) scheint von all dem unberührt, als sie beschliesst, seine Frau werden zu wollen, und in der Folge keine Mühe unterlässt, ihren Plan in die Realität zu überführen. Bereits ihr erster Liebesschwur klingt mehr wie eine Drohung. Von seinem notdürftigen Abwiegeln, er fühle sich erstens zu alt für zärtlichen Austausch und wäre zudem verarmt, lässt sie sich nicht beirren. Sie ist bereit, ihre Apanage als Mitgift einzubringen und darüber hinaus felsenfest davon überzeugt, dass ihr alleiniges Glück wie auch das seine nur mittels eines Lebens an seiner Seite erreichbar werden könne. Also gut. Respektive eben nicht. Ihr Leiden an der Einsamkeit, der Nichtbeachtung und der reihum mitleidigen Reaktionen wiegen bald schwerer auf ihrem Gemüt, als ihre fantastische Autosuggestion ein Gegengewicht dazu zu etablieren imstande wäre. Als sie aufbegehren will, wird sie familienintern aufs



Land abgeschoben. Allen ist klar, dass einem emotional fragilen Maestro keine Konfrontation mit den profanen Dingen des Lebens zugemutet werden darf. Ihr Leiden verkehrt sich in Hass, den sie unbesehen weiterleitet in den eigentlichen Missbrauch ihres körperlichen Ersatzgeliebten, den sie ausserhalb der Bettstatt ihrerseits wie nichtswürdigen Abschaum zu behandeln beliebt. Trotz den eindringlichen Warnungen und Ermahnungen aus ihrer Familie, den stoischen Beteuerungen der Unveränderlichkeit der Verhältnisse durch den zwischengeschalteten Notar und den regelrecht physischen Drohungen von Peters Brüdern, sie möge sich ziemen, klammert sie sich immer verkrampfter an ihr Phantasma. Eine auch in der szenischen Stimmung hervorragend ver-rückte Schwelgerei. *froh.*

«**Tschai-kowskys Wife**» spielt in den Kinos Houdini, Movie.

Kriegstrauma

Dreissig Jahre nach Kriegsende soll in Sarajevo die arrangierte Liebe einkehren.

Das Setting ist eh schon absurd: Statt eines Speed-Datings wählen die Kandidat:innen vorab im Internet ein Gegenüber aus, mit dem/der sie die einzelnen Posten der straff strukturierten Paarvermittlungveranstaltung in einem Hotelzweckbau inklusive Essenspause absolvieren wollen. Asja (Jelena Kordic Kuret) und Zoran (Adnan Omerovic) haben sich gegenseitig ausgesucht. Beide sind in «The Happiest Man in the World» von Teona Strugar Mitevska («God exists, her name is Pentunya») sichtlich übel gelaunt, fühlen sich fehl am Platz und zweifeln an ihrem eigenen Verstand, sich auf sowas ursprünglich überhaupt eingelassen zu haben. Der Reigen beginnt harmlos. Lieblingsfarbe, Lieblingsfilm, Lieblingsessen. Alle Paare haben zeitgleich dieselben Fragen zu beantworten. Vermutlich sind diese aufgrund irgendeiner pseudowissenschaftlichen Erkenntnisbasis evaluiert worden. Schnell wirds politisch. Als die beiden Moderatorinnen fragen, «würden Sie eine Partnerschaft mit jemandem aus einer anderen ethnischen Völkergruppe eingehen wollen?», nimmt die Eskalation Anlauf. Zuerst nur im intimieren Zwiesgespräch zwischen Asja und Zoran, bald aber



ergreift die gesamte Gruppe eine unvorhergesehene Begegnung mit ihren Kriegstraumata. Unverarbeitet, tief irgendwo im eigenen Innersten vergraben. Die Regisseurin und Drehbuchautorin setzt nochmals einen oben drauf, als sich Zoran als damaliger Heckenschütze daran zu erinnern glaubt, Asja im Visier gehabt und abgedrückt zu haben. Diese Schwere der Last hier via Vergebung oder Ablasshandel endlich von sich stossen zu können, stellt sich als viel vordringlichere Motivation für Zorans Teilnahme an diesem menschenunwürdigen Zirkus heraus, als irgend ein amouröses Interesse. Trotzdem ist es jetzt nicht unbedingt so, dass der Rat gutmeinend wäre, sich einen solchen Film tatsächlich ansehen zu wollen, selbst wenn er klug und stimmig ein reales Problem benennt. *froh.*

«**The Happiest Man in the World**» spielt im Kino RiffRaff.

Karrierist

Juveniler Wissensdurst wird von akademischen Meriten auf die Plätze verwiesen.

Lars Kraume («Der Staat gegen Fritz Bauer», «Das schweigende Klassenzimmer») erweitert seiner Reihe der Filmerinnerungen an unrühmliche Gegebenheiten der deutschen Geschichte um das Kapitel Kolonialismus in Deutsch-Südwestafrika. Die Hauptfigur in «Der vermessene Mensch» ist der junge Ethnologe Alexander Hoffmann (Leonard Scheicher). In den Sturm-und-Drang-Jahren seiner wissenschaftlichen Forschung überführt er die gängige Lehrmeinung über die Minderwertigkeit der Schwarzen Rasse der propagandistischen Lüge und sammelt wissenschaftliche Beweise für deren Unhaltbarkeit. Professor von Waldstätten (Peter Simonischek) weiss ihn sehr effektiv in die Schranken zu weisen. Erst übergeht er ihn bei der Ernennung zum Expeditionsleiter und später sagt er ihm direkt ins Gesicht, was er



von ihm erwartet, sollte er hoffen, für einen Professorenposten überhaupt infrage zu kommen. Zuerst freundet sich Hoffmann mit den Herero und Namaras während der «Deutschen Kolonialausstellung», namentlich der Übersetzerin Kezia Kambazembi (Girley Charlene Jazama) an. Der Erstkontakt mit der tatsächlichen Realität vor Ort wird für ihn zu einem vermeintlich heilenden Schock inklusive der Erstbegegnung mit Scham ursächlich seiner eigenen Verblendung. Während der Expedition als «embedded scientist» im Heer von Kaiser Wilhelm in Namibia reibt er sich am Oberleutnant Wolf von Crensky (Sven Schelker), weil dieser seinen Gehorsam gegenüber Schiessbefehlen mit der vermeintlich wissenschaftlichen Grab- und Leichenschändung beim Einsammeln von Schädeln in einen direkten Vergleich stellt und zum Schluss gelangt: Der Wissenschaftler ist der eigentliche Zyniker. Lars Kraume führt zuletzt auch die Konsequenz von Hoffmanns selbstsüchtiger Wissensvertuschung vor Augen und stellt dessen Vermessung des Menschen in einen direkten Zusammenhang mit der folgenden nationalsozialistischen Rassenlehre. Ein Aufklärungsfilm in Geschichte. *froh.*

«**Der vermessene Mensch**» spielt im Kino Movie.

Hochexperimentell hinein in die Sommerzeit

Samstag, 25. März

8.30 SWR: «**Schule ohne Noten.**» Verstehen statt sturem Pauken. Andrea Lueg zu einem Versuch an 39 Grundschulen in Baden-Württemberg.

17.00 SWR: «**Zeitgenossen.**» Josef H. Reichholf, Evolutionsbiologe. Vorgestellt wird er als «einer der bekanntesten, aber auch streitbarsten Zoologen in Deutschland». Gemeinsam mit Bernhard Grzimek und Horst Stern gehörte er zu den Gründern des heutigen Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), und seine allgemeinverständlichen Beiträge zur Ökologie sind immer wieder erfreulich nonkonformistisch.

19.00 SWR: «**Comet Hau.**» Krimi von Jan Decker.

20.00 SRF 2: «**Immer volles Feuer.**» Hörspiel von Michael Stauffer. Zwar wieder eine Reprise, mit Produktionsjahr 2022 aber noch relativ frisch: Klimawandel, Pandemie, gendergerechte Sprache. Für den Apokalyptiker Raymond ist das Weltende nah. Doch sein Sohn Frédéric – ein hoffnungsloser Optimist – lächelt die Ängste seines Vaters einfach weg. Da hilft nur noch eins: enterben... Gleichzeitig



beim DLF das «Studio LCB». Heute mit dem französischen Bestsellerautor Éric Vuillard, der sich im Literarischen Colloquium Berlin der Diskussion stellt.

21.00 SRF 2: «**Musik unserer Zeit.**» Moritz Weber über Toshio Hosokawa.

22.00 DLF: «**Stufen des Schweigens.**» Rückblende auf das Forum neuer Musik 2016. «Es gehört zu den Charakteristika rumänischer Avantgardemusik, Erfahrungen von Ohnmacht in kulturellen Widerstand zu transformieren.» Als sich das Massaker an den Juden von Iasi zum 75. Mal jährte, begab sich das Bukarester Ansamblu Profil auf Spurensuche in der Musik. Gleichzeitig bei SWR 2 Kultur die Jazztime: «Time & Space.» Bert Noglik über den Kontrabassisten Dave Holland. Und nach 23 Uhr folgt beim Übergang in die Sommerzeit bis früh um 6: «Ohne Limit – series invisible.» Hörstück und Web-Installation von Christoph Korn und Lasse-Mark Riek. Gefördert vom Kunstfond Neustart Kultur. Aus der Vorschau: «Was hat eine belebte Strasse im israelischen En Hod mit dem Center for Arts and Humanities in Beirut, was das Brecht-Haus in Berlin mit dem Kirchengeläut im hessischen Steinheim oder einer Dachgeschosswohnung im karnevalverrückten Düsseldorf zu tun?» All dies gehöre zum privaten Erlebniskosmos der Autoren und das Hören werde über serielles Sprechen «zur Grundlage der Imagination einer freien eigenen Welt, zum magischen Meditationsort», im Radio wie im Internet.

23.00 DLF: «**Der unsichtbare Dritte.**» Eine Lange Nacht über Alfred Hitchcock und den aktuellen Deutschen Film. Gestaltet von Josef Schnelle.

Sonntag, 26. März

8.30 SRF 2: «**Kirche braucht Kritik.**» Norbert Bischofberger stellt in den Perspektiven das theologische Online-Magazin «feinschwarz» vor, das vor allem mit Blick auf die Beteiligung an gesellschaftlichen Debatten mit dem Herbert Haag Preis 2023 ausgezeichnet wird. Und bei SWR 2 in der Aula: «Super-Auge im All.» Das Webb-Teleskop. Science Talk mit Oliver Krause, Astrophysiker am Max-Planck-Institut für Astronomie in Heidelberg.

9.30 DLF: «**Das Erzählen des Ichs.**» Essay von Daniel Schreiber. Ob in der Literatur oder im Journalismus: Wo früher Perspektiven vorherrschten, die sich als objektiv inszenierten, und es manchmal sogar verpönt war, ich zu sagen, ist eine deutliche Subjektivierung zu erleben. Was hat diese Entwicklung ausgelöst? Was verspricht sie uns? Was bewirkt sie?

12.00 SWR: «**Näher als man denkt?**» Julia Ley über Juden und Muslime in Deutschland.

12.40 SRF 2: «**Musik für einen Gast.**» Heute mit dem Schriftsteller Lorenz Pauli.

13.30 DLF: «**Zwischentöne.**» Musik und Fragen zur Person. Naturmaler Uwe Thürnau.

14.00 SWR: «**Drei Schwestern und ein Downsyndrom.**» Feature von Annika Erichsen. Sie traten mit einem selbstgeschriebenen Theaterstück auf, das von ihrer Beziehung handelt. Eine der Schwestern hat das Downsyndrom, und alle drei sagen auf der Bühne, was sie schon einmal über ihre Beziehung sagen wollten. Auch Unschönes. «Cinema direct für die Ohren.»

15.00 SRF 2: «**Von Gott, Kakerlaken und einem maskierten Helden.**» Wiederholung einer Passage von Christian Gasser über den 1917 geborenen Comic-Autor Will Eisner, der sich während sieben Jahrzehnten immer wieder neu erfunden und die US-amerikanische Szene wie kein anderer geprägt hat. Derzeit widmet ihm Cartoonmuseum Basel eine umfassende Retrospektive.

18.20 SWR: «**Der Schlüssel.**» Hörspiel nach dem Roman von Junichiro Tanizaki.

20.00 DLF: «**All-Girl-Underground 1980.**» Die Frauen der Punkband Mania D. Feature von Lorenz Schröter.

23.00 SWR: «**Politics – what's Love got to do with it,**» Radioessay von Mithu Sanyal. All you need is Love. Schon klar. Ein netter Slogan für ein netteres Zusammenleben. Im Privaten. Aber wenn es um Politik geht, kommt man damit nicht weit. Oder etwa doch? Tatsächlich diskutieren, forschen und arbeiten immer mehr Menschen über Liebe als politisches Mittel. Gerade in Situationen der Bedrohung und der Krise. Die Schriftstellerin und Publizistin hat mit



vielen gesprochen und hält ein deutliches Plädoyer für eine Politik der Liebe.

Montag, 27. März

14.00 SRF 1: «**Hunkeler in der Wildnis.**» Start der jüngsten Krimi-Serie von Hansjörg Schneider.

15.00 SWR: «**Gut' Nacht.**» Regina Burbach über den Schlaf und das Schlafengehen.

Dienstag, 28. März

8.30 SWR: «**Wie kann der Harz gerettet werden?**» Vanja Budde und Imke Oltmanns über Wald im Klimastress. Berghänge mit abgestorbenen Nadelbäumen, Waldbrände von nie gekanntem Ausmass, massenhafter Borkenkäfer-Befall... Der schnelle Umbau zu einem artenreichen Mischwald soll für Widerstandskraft gegen den Klimawandel sorgen. Doch manche Wissenschaftler warnen: Statt nun Milliarden für fremde Bäume auszugeben, sollte man dem Wald lieber Zeit geben, sich selbst zu entwickeln.

15.00 SWR: «**Von Argentinien nach Spanien.**» Francisco Olaso über einen, der viel aufgibt, um neu anzufangen. In seiner Heimatstadt La Plata hat David Cottini eine Festanstellung, Eigentumswohnung und ein reiches Sozialleben. All das wird er aufgeben. Er gehört zu denen, die für die Zukunft ihres Landes schwarz sehen und die Nase voll haben von Hetze, Gewalt und von neoliberaler Politik. Madrid, das er sich als neue Heimat ausgesucht hat, ist eine ihm noch unbekannte Stadt.

19.15 DLF: «**Die Isolation der Alten.**» Pflege in Zeiten der Corona-Pandemie. Feature von Sonja Ernst und Christine Werner. Schluss-Reprise einer vierteiligen Corona-Serie.

20.00 DLF: «**Gaslight / Das Haus der Lady Alquist.**» Hörstück nach Patrick Hamilton.

22.00 DLF: «**Musica reanimata.**» Ignace Strassegger in Berlin und New York. Als jüngster Student wurde der 1909 in Warschau geborene 13-Jährige ins Berliner Konservatorium aufgenommen – als Komponist, als Klavierbegleiter für die Geigen-Virtuosen der Zeit. Aufgrund seiner jüdischen Wurzeln zwang ihn die NS-Diktatur ins Exil. In den Vereinigten Staaten findet er eine neue Heimat, aber seine Kompositionen bleiben dort unbeachtet. Erst die Sympathie, die ihm und seiner Musik von einer deutschen Nachkriegsgeneration entgegengebracht wird, lässt ihn Frieden schliessen mit dem Land, das sein Leben auseinandergerissen hat.

Mittwoch, 29. März

9.00 und 18.30 SRF 2: «**Reich des Bösen?**» Felix Münger im Gespräch mit dem Russ-

land-Kenner und Osteuropa-Historiker Manfred Hildermeier.

10.00 DLF: «**Gemeinsam für die Demokratie.**» Kommunen vernetzen sich gegen Extremismus und Antisemitismus. Live aus Dortmund.

20.00 DLF: «**Sohn Gottes oder Zeichen Allahs?**» Corinna Mühlstedt über einen alten Streit in neuem Licht.

20.30 DLF: «**Lesezeit.**» Judith Hermann und ihr «Wir hätten uns alles gesagt».

21.00 DLF: «**Die wehrhafte Demokratie.**» Der erste Teil des «Denkfabrik»-Kabarett-Abends mit Martin Zingsheim und Patti Basler, Sebastian Schnoy sowie andern als Gästen. Wie lässt sich Demokratie verteidigen und lebendig gestalten? Fortsetzung in einer Woche!

Donnerstag, 30. März

8.30 SWR: «**Übergewicht bei Kindern.**» Anja Schrum fragt, was Eltern und Gesellschaft tun können.

15.00 SWR: «**Allein oder gemeinsam?**» Matthias Baxmann fragt, was wir teilen und wozu.

20.30 DLF: «**Searching Blanka.**» Auschwitz überlebt, ermordet in Frankfurt. Recherche in vier Teilen von Marina Schulz und Fabian Janssen. Frankfurt am Main, Februar 2018. Ein schwedischer Rechtsterrorist wird für den Mord an Blanka Zmigrod verurteilt. 26 Jahre nach der Tat. Ein politisches Motiv erkennt das Gericht nicht...

Freitag, 31. März

8.30 SWR: «**Wie eine Branche nachhaltiger wird.**» Stephanie Eichler über Papier, Karton und Pappe.

10.00 DLF: «**Mehr Work-Life-Balance?**» Wie junge Menschen die Arbeitswelt verändern.

15.00 SWR: «**Wüstenstrom aus Afrika?**» Chancen der Solarenergie. Feature von Heidi Mühlenberg.

19.15 DLF: «**ChatGPT, fühlst du es schon?**» Wie Künstliche Intelligenz unseren Alltag revolutioniert. Zeit-Forum Wissenschaft.

20.00 DLF: «**Giftige Männer.**» Eine Reise in die Untiefen des Patriarchats. Feature von Lorenz Schröter und Nick-Julian Lehmann. Ist die Debatte über «toxische Männlichkeit» nur alter Wein in neuen Schläuchen? Autoren aus unterschiedlichen Generationen machen sich auf die Suche. SRF 1 liefert den Schluss zu «Hunkelers Geheimnis» und bei SRF 2 geht es in der «Passage» um João-Carlos Martins, einen «Maestro der Comebacks.» Zweit-ausstrahlung am Sonntag nach 15 Uhr.

DLF/Deutschlandfunk – 100,6 und 105,1 MHz. **SWR/Südwestrundfunk 2** – 90,4 und 97,9 MHz auf UKW sowie in digitalen Kanälen und Netzen. **Die allermeisten dieser Sendungen finden sich auch im Podcast-Angebot!**

Die grosse Unordnung

Die Weimarer Republik überstand das Jahr 1923, obwohl die französische Armee das Ruhrgebiet besetzte, die Inflation das Ausmass von Billionen annahm, nicht nur Hitler einen Putschversuch unternahm und kaum eine solide Regierung zustande kam. Dafür blühten vor allem in Berlin die Kultur und die Unterhaltung.

Koni Loeffle

Der Historiker Volker Ullrich, der eine leserfreundliche zweibändige Hitler-Biographie mit über 1000 Seiten schrieb, verarbeitet einen Teil seines Wissens in Form von Büchern, die ein paar Tage oder ein Jahr ins Zentrum rücken und die die Möglichkeit bieten, anekdotisch und/oder filmisch einzelne Entwicklungen hervorzuheben. Illustrierte er in «Acht Tage im Mai» (2020) die letzten Tage des Dritten Reichs, so zeigt «Deutschland 1923, das Jahr am Abgrund», wie die Republik in einem keineswegs demokratiefreundlichen Klima überlebte und sich sogar so weit stärkte, dass sie bis 1929 einen Aufschwung nahm, der dann allerdings nicht ausreichte, um die Krise der beginnenden 1930er-Jahre zu überstehen.

«Zeit mit einem Eigenrecht»

Volker Ullrich gehört zu jenen Historiker:innen, die die Weimarer Republik nicht einfach als Übergangszeit zwischen zwei Weltkriegen betrachteten, als eine Republik, die fast zwangsweise scheitern musste, als eine Wartezeit, bis dann Hitler kam, sondern als eine Zeit «mit einem Eigenrecht, und das heisst, das neben den belastenden Faktoren verstärkt auch nach den zukunftsfähigen Elementen zu fragen ist». Als Beispiel dafür sei die relativ kleine Rolle erwähnt, die er dem «Hitlerputsch» widmete und vor allem, wie er dessen Rolle dabei relativierte. Von einem Marsch nach Berlin träumte 1923 in München nicht nur der aufstrebende Adolf Hitler, sondern viele ehrenwerte Minister, inklusive dem Ministerpräsidenten. Das hatte mit rechter Gesinnung und mit Monarchie viel zu tun, aber auch mit einem tief sitzenden Autonomiebewusstsein, das die Bayern bis heute nicht ganz verlassen hat. Hitler trug mit seinem voreiligen Zuschlagen zum Scheitern dieser Bewegung gegen Berlin einiges bei und spielte in München noch eine kleine Rolle. Diese Rolle wurde später, bei der Verklärung des Dritten Reichs nach der Machtergreifung von 1933, immer grösser und grösser. Volker Ullrich zeigt die Bedeutung Hitlers in München auf und erzählt, dass

auch in Sachsen, im Rheinland, in Hamburg und in der Pfalz Bewegungen gegen Berlin stattfanden, wenn auch hier von linker Seite. Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse in München ausführlich in Romanform geschildert geniessen möchte, dem sei «Erfolg» von Lion Feuchtwanger empfohlen, der Hitler ziemlich lächerlich darstellt, ohne dass er ihn als harmlos präsentiert.

Die beiden wichtigsten Ereignisse des Jahres waren einerseits die Ruhrbesetzung und andererseits und damit zusammenhängend die Hyperinflation. Am 11. Januar 1923 marschierten französische und belgische Truppen im damals entmilitarisierten Ruhrgebiet ein. Die Deutschen hatten ihre Reparationszahlungen aus dem Ersten Weltkrieg nicht in genügendem Ausmass beglichen; weil sie es teils einfach nicht konnten und teils auch nicht wollten. Die Besatzer wollten sich so mit Zwang holen, was ihnen ihrer Meinung nach zustand. Die Deutschen reagierten im Ruhrgebiet mit passivem Widerstand, sodass die Besatzungsgruppen nicht dazu kamen, Güter (vor allem aus der Schwerindustrie) zu konfiszieren und auch nach Frankreich abzutransportieren.

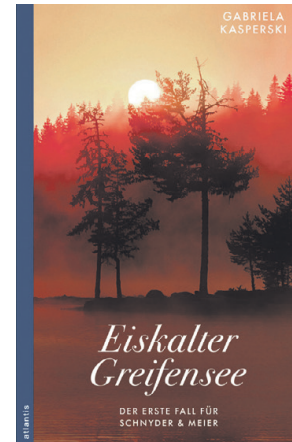
Die Inflation begleitete Deutschland seit dem Ende des Ersten Weltkriegs, auch wenn ein Konjunkturaufschwung sie um 1920 etwas zu dämpfen schien. Die ungelöste Reparationsfrage trieb sie ab 1922 wieder an und ab Sommer 1923 ging sie in eine kaum mehr zu stoppende Hyperinflation über, in der man den Lohn am gleichen Tag ausgeben musste, um so bei vorerst recht guter Arbeitslage wenigstens etwas Essbares zu ergattern. Das Geld verlor jeglichen Wert, was zu einer völligen Verarmung eines grossen Teils des Mittelstandes führte und gleichzeitig zu grossen Inflationsgewinnern. Erst im Herbst gelang einer neuen Regierung Stresemann die Einführung einer R-Mark; der Preis hiess Aufgabe des Widerstandes im Ruhrgebiet und eine Neuregelung der Reparaturleistungen.

Ausführlich schildert Volker Ullrich die ungeheure Tanz- und Vergnügungssucht vor allem in Berlin, bei der fast alle Schranken der bisherigen Moral fielen. Man lebte für heute und dachte nicht an Morgen. Gleichzeitig entwickelte sich Berlin zum Zentrum der modernen Kunst und zwar bei allen Künsten, speziell im aufkommenden Film.

Volker Ullrich: **Deutschland 1923. Das Jahr am Abgrund.** C.H. Beck 2022, 441 S., 39.90 Franken.



Krimi der Woche



«Eiskalter Greifensee» ist die Neuauflage des ersten Krimis von Gabriela Kasperski mit dem Ermittlerduo Werner Meier und Zita Schnyder, die im Verlauf der Geschichte ein Paar werden. Er ist Kantonspolizist in Uster und muss den Fall der in einem Wald beim

Greifensee aufgefundenen Isadora Heller alleine lösen, da der Tod eines bekannten Politikers die Aufmerksamkeit der ganzen Polizei und vor allem des neuen Vorgesetzten Signorelli beansprucht. Zita Schnyder war aus der Stadt in eine Mansarde bei Helen in das kleine Dörfchen Waldbach am Greifensee geflüchtet, um so endlich ihre Abschlussarbeit zu vollenden. Sie hatte im Exil ganz gut gearbeitet und zudem Anschluss an eine Läuferinnengruppe gefunden. Am Sonntag des Mordes erwachte sie nach einem grossen Fest bei Helen, bei dem praktisch das ganze Dorf anwesend gewesen war, mit einem Kater und dem Abgabetermin am nächsten Morgen.

Ein guter Pageturner

Ihr Plan der letzten Korrekturen geriet durcheinander, als Jane, mit der sie sich beim Laufen angefreundet hatte, in den Verdacht geriet, ihre Schwiegermutter getötet zu haben. Sie litt unter ihr ebenso wie unter ihrem Machomann. Zudem hatte sich Jane beim Fest auf eine On-Night-Affäre mit dem Volleyballtrainer eingelassen, was sie um jeden Preis verheimlichen wollte. Zita dachte sich eine Ausrede aus, Jane versteckte sich mit einer Schockstarre im Krankenhaus, Zita und Werner gerieten aneinander. Der Polizist war keineswegs von Jane als Täterin überzeugt, aber er konnte die Indizien nicht einfach ignorieren.

An der Party war neben dem fast ganzen Dorf auch eine Clique zusammengelassen, die vor gut 30 Jahren schon miteinander gefestigt und gelebt hatte. Dabei pflegten viele miteinander offene und heimliche Beziehungen, wobei die Ermordete unbestritten die Aufmerksamkeit aller Männer auf sich gezogen und zudem einen Sohn geboren hatte, der nicht von ihrem Mann stammte. Der Sohn seinerseits war auf der Suche nach seinem biologischen Vater.

Der Krimi ist sehr flüssig geschrieben, mit vielen Dialogen und noch mehr Beziehungen in einem kleinen Dorf, das vom städtischen Mittelstand geprägt war. Mehr unterhaltend als spannend, aber ein guter Pageturner. kl.

Gabriela Kasperski: **Eiskalter Greifensee.**

Atlantis Verlag 2022, 333 Seiten, 24.90 Franken.

Verzweiflungstat

Nikolaus Geyrhalter widmet sich in seiner stoisch bilderschönen Art dem Abfall.

Ein Hochgebirgssee in einer Winterlandschaft. An dessen Ufern Berge von Plastikabfall. Wie kommt das da überhaupt hin? Aus dem Flugzeug gefallen? Antworten sind Nikolaus Geyrhalters Sache nicht, sondern die wohlkomponierte Aneinanderreihung von (teils schrecklich) schönen Bildtableaus, die ein unter den Nägeln brennendes Thema ohne belehrenden Off-Kommentar manifestieren. Die Bedrohung ursprünglicher Lebensweisen in «Elsewhere», die Monstrosität der industriellen Nahrungsmittelproduktion in «Unser täglich Brot», die vermeintlich gewinnträchtige Zerstörung unseres Planeten in «Erde», um nur wenige seiner stets meditativ geruhsam ihre Wirkung entfaltenden Bilderzählungen zu nennen. Jeder seiner Filme ist ein Paradox: Via eine optisch überwältigende Grandezza schleicht



sich der Schlag in die Magengrube heran. Immer bezüglich Fragen, die allen bewusst sind und deren Veränderung ins Positive eine nicht selten simple Umgewöhnung eigenen Verhaltens voraussetzen würde. Insofern ist Nikolaus Geyrhalter ein Moralist. Und ein unerschütterlicher Idealist. Ein Getriebener, der weiss, wie gering der Einfluss einer Einzelmaske auf die Weltläufe ist und der sich dennoch nicht davon abbringen lässt, wieder und wieder von Neuem aus einer wechselnden Perspektive und zu einem ergänzenden Thema festzustellen, dass Nichtstun auch keine Option darstellt. Immer denkt er die Zusammenhänge global, was Ausflüchte verunmöglicht und vermeintliche Konzepte eines aus den Augen, aus dem Sinn ihrer tatsächlichen Verzweiflungshaltung überführt. Diesmal ergänzt er das sich Entledigen des Abfalls mit Bestrebungen, Umweltsünden aus der Vergangenheit zu bewältigen, und macht so den Sisyphoskreislauf erst recht augenscheinlich. Die Kostenabwägung zwischen Reparatur und ursächlichem Andersverhalten überlässt er wieder dem Publikum, das er trotz allem noch immer für wach, aufgeklärt und lebensbejahend ansieht. *froh.*

«**Matter out of Place**» spielt im Kino Houdini.

Zerbrochen

Ausflug zu den Lichtblicken und Sehnsüchten im Paris der Zwischenkriegsjahre.

«J'ai deux amours» singt Dela Hüttner wie damals Josephine Baker in der Text-Collage von Heiner Bontrup über die Poesie, das Leben und die einseitige Liebe zwischen René Crevel (1900 – 1935/ Stimme: Daniel Fueter) und Klaus Mann (1906 – 1949/Stimme: Peter Doppelfeld). Paris nach dem Grossen Krieg mit seinem vielfältigen Künstler:innenmilieu, also auch dem Rausch, ist hier die eine. Das dichterische Ergründen des Wesens Mensch, der parallel die Luft elektrisierenden gegenläufigen (politischen) Tendenzen und ein trotziges Festhalten an (irgendeiner) Hoffnung die andere. «Schwierige Liebe – schwieriger Tod» erzählt die Lebensgeschichte der beiden Autoren, findet musikalisch (Wolfgang Schmidtke, Roman Babik, Mathias Haus) wie lyrisch und beschreibend eine emotional nachfühlbare Entsprechung für die vermutete damalige Grundstimmung mit schwermütigem Unterton. Die Wut gegen das offenbar grundlegende am Leben leiden der zwei bi- und homosexuellen Männer, während sie ihre Stellung als Künstler und ihr Lebensglück als Individuum zu erfinden suchen, ergibt trotz Erfolgen und Ausschweifungen letztlich



(Christina Steybe)

eine toxische Mélange, an der zuletzt beide zerbrechen werden. Das Werk des hier weniger bekannten René Cervel wird verlockend als zu füllende Wissenslücke präsentiert, derweil es bei beiden vor allem auch die biographischen Erzählungen sind, die noch heute interessieren. Für Emanzipation und (Denk-)Freiheit kämpfende, feinfühligke Schöngesister mit einem Hang zum Tragischen. Das grosse Drama eines Lebenshungers mit der Bereitschaft zur Grenzüberschreitung. In den Projektionen von Gregor Eisenmann ist davon ein wenig, noch viel mehr davon ist in der Musik enthalten, aber letztlich ist es das Wort, an dessen Wirkmächtigkeit nur wenig anderes herankommt, wenn schier nicht auszuhaltende Ambivalenzen in eine Nachfühlbarkeit überführt werden wollen. *froh.*

«**Schwierige Liebe – schwieriger Tod**», 17.3., Theater Stok, Zürich.

Einsamkeit

Den Ausbruch aus der Konvention erstmals als Witwer:in zu proben, ist zu spät.

Nachbar:innen sind sie. Langjährige. In einem Einfamilienhausquartier. Jede:r kennt sich im Städtchen. Zu tun hatten sie irgendwie trotzdem nie etwas miteinander. Der Vorschlag der Witwe Eli (Heidi Diggelmann) kommt also erstens aus heiterem Himmel und zweitens wirkt er für beide Beteiligten auch irgendwie ungewöhnlich verwegen. Eli schläft schlecht. Aus lauter Einsamkeit. Sie schlägt dem Witwer Louis (Heiner Hitz) vor, künftig nebeneinander im selben Bett zu schlafen, sich atmen hören, nichts weiter. «Ich meine nöd Sex», sagt Eli resolut, wobei Louis nach einigen Eingewöhnungsnächten insgeheim auch dem gegenüber nicht abgeneigt wäre. Die szenische Lesung von «Unsere Seelen bei Nacht» nach dem Roman von Kent Haruf, die Regisseur Christian Vetsch in den Dialogen im Dialekt und in den Lese-passagen in Hochsprache inszeniert und die sich verändernde emotionale Grundstimmung von Max Lässer musikalisch verstärken lässt, probt aus der Perspektive der doch eher biedereren Figuren nichts Geringeres als die Revolution. Aber darin ungeübt, wie die stets angepasst gelebt habenden Zwei, bekommen sie ihre Selbstdurchsetzung letztlich doch nicht gegen



(Christian Altorfer)

sämtliche Widerstände hin. Was die im Städtchen sagen, ist ihnen einerlei, das wirkt sogar plausibel, weil beide durch ihre sich entwickelnde Josefs-liebe neuen Elan, ja sogar richtiggehend so etwas wie Übermut entwickeln. Gegen das erpresserische Ultimatum von Elis Sohn, dessen Lebensentwurf parallel dazu gerade in Trümmer zerbricht, kann sich Eli nicht durchsetzen. Schliesslich gehts dabei um den einzigen Menschen in ihrer Verwandtschaft, der ihr am Herzen liegt: den Enkel. Doch einmal die Luft des Ausbrechens gewittert, fällt Eli der Rückzug in ihr altes Angepasstsein schon sehr schwer und sie entwickelt eine Folgeidee für ihre nächtliche Zweisamkeit, die im Geheimen möglich ist. Und wer weiss, was aus dem Revolutionschen noch alles erwächst? *froh.*

«**Unsere Seelen bei Nacht**», 16.3., Kulturmarkt, Zürich.

Bingo!

Auf die Kuppelshow folgt das Trennungsdrama, logisch. Wie das Erste sehr lustig.

Der Autor Giorgos Kapoutzidis verfasste die erfolgreichste Comedydrama-Serie der griechischen Fernsehgeschichte. Nach seinem Boulevardstück «Hand hoch... wer sich trennen will» ist auch klar wieso. Das achtköpfige Ensemble, das Violetta Lainoti von «Epi Skinis» durch die Handlung dirigiert (Griechisch mit deutschen und englischen Untertiteln), bildet eine der machoaffinen Gesellschaft entgegnetretende Diversität ab, in der die Frauen nicht nur insgeheim die Fäden in den Händen halten. Aber natürlich auch straucheln, verzweifeln, notlügen. Ergänzend zum emotionalen Chaos erleichtern die örtlichen politischen Gegebenheiten – Brexitfolgen, Ultrarechte, die Kirche, das mit dem Geld – den Dreiklang der Erfordernisse für ein würdiges Dasein, das auch noch selbst als solches erlebt wird, nicht. Wobei drei,... Die Herausforderungen sind vielmehr umfassend. Gerade die männliche Larmoyanz und Egozentrik stellt sich – zumindest bei Heteros – als störrisch und begriffsstutzig im Weg stehenbleibend heraus. Helden im Aufriss, Würstchen in der Verantwortung. Dabei ist klar, wen sich Frauen wünschen. Nur ihr Realitätssinn hält sie davon ab, ihn sich selber zu



(Epi Skinis)

backen. Und das Bedürfnis nach Körperkontakt, you know. Natascha (Eleni Rodopoulou) hat das Heiratssausen, Kiki (Vivetta Lainoti) ihren untreuen Gatten verlassen und beide flüchten sich auf Dinitas (Thania Belba) Sofa, das sie wegen Mietwucher reaktionärer Besitzer mit dem schwulen Haris (Angelos Tsitsas) teilt. Dinitas heimliche Liebe zu Natascha, der Bittgang ihres Ex Michalis (Christ Argyris) und dem potenziellen Bräutigam Jalovos (Zafiris Pantelis) sowie Kikis Trostdurst erleichtern es, eine komplexe und hochexplosive Handlung zu entwickeln, die recht verblüffend zuletzt auch noch sauber aufgeht. Inklusive Gastauftritt der Mamma (Silvia Psycha-Senn) und einem Möchtegernhandwerker (Kostis Verigos) hat das Stück alles für das grosse Drama Leben. *froh.*

«Hand hoch... wer sich trennen will!», bis 26.3., Comedyhaus, Zürich.

Überleben

Die fantastisch poetischen Möglichkeiten von Pantomime sind hier zweitrangig.

Eine Bühne wie ein Schafott. Ein Leben an der Existenzgrenze. Jan Kaspar Dvorák (1796 – 1846) stand als geduldeter Fremder in Frankreich unter politischer Beobachtung und wurde als Artist ohne besonders herausragende Fähigkeit verspottet. Unter dem Künstlernamen Jean-Gaspard Debureau respektive als dessen Kunstfigur des ewigen Verlierers «Pierrot» oder «l'homme blanc» feierte er so grosse Erfolge, dass er sogar von der Anklage als Totschläger freigesprochen wurde. Max Merker, studierter Pantomime, Téné Ouelgo, ausgebildeter Schauspieler und Emma Murray, trainierte Tänzerin, erzählen in «Old White Clowns» vordergründig dessen Lebensgeschichte. Mit vollem Körpereinsatz, versteht sich. Schliesslich absolvierte das Original über fünfzehn Jahre lang wochentags sieben und an Wochenenden neun Vorstellungen, um sich ein Auskommen zu sichern. Ein regelrechter Elendskünstler, dem die Erfindung der pantomimischen Darstellung nachgesagt wird, die auch eine zauberhafte Komponente bereithält, ohne dabei politische Beherztheit vernachlässigen zu müssen, wie der Film «Marcel Marceau – Die Kunst der Pantomime» vorexerziert. Hier hingegen



(Jos Schmid)

spielt in einer dramaturgisch äusserst geschickten Erzählweise (Martin Bieri) vielmehr die Ebene der brutalen Herablassung der nachrevolutionären Gesellschaft die Hauptrolle. Schon als Zirkuskind erfuhr er, dass geschlagen werden Lacher generiert, und weil er sonst nichts Besonderes konnte, blieb dabei. Eine Identifikationsfigur für die Verlierer, den Plebs. Heute steht seine tragikomische Geschichte auch als Sinnbild für einen prekären Berufszweig, eine übermannshohe Integrationshürde, eine Art Verdammnis, alles Sekundäre dem Überleben unterzuordnen. Physisches Theater bis über die Schmerzgrenze hinaus, mit gequält verzerrtem Lachen à la Joker und trotzdem auf eine sehr spezifisch sperrig-melodramatische Weise auch nicht eigentlich unpoetisch. Aber halt auch kein Kindergeburtstag. *froh.*

«Old White Clowns», bis 1.4., Fabriktheater, ZH.

Parallelen

Versuch einer Kommunikation über enttäuschte Hoffnungen von Vater und Tochter.

In einer idealen Welt wären die Positionen klar. Der Vater (Nils Torpus) ist der Fels in der Brandung, die Tochter (Lea Maline Hiller) wächst sorgenfrei in die Selbstständigkeit. Jetzt beschreibt Marina Skalova mit «Der Sturz der Kometen und der Kosmonauten» die mehr oder weniger Jetztzeit von Exilruss:innen, die trotz ihrer familiären Bande einander gegenüber nicht eingestehen wollen, dass beide auf dem Zahnfleisch laufen, weil sich ihre ursprünglichen Hoffnungen jäh zerschlagen haben. Für ihn haben sich die Willkommensversprechen nach der Ausreise aus der Sowjetunion ebenso enttäuschend nicht erfüllt, wie der universitäre Bildungsnotstand ihr nur schon den Einstieg in so etwas wie eine Karriere versperrt. Weil beide zwecks Wahrung des Scheins ihre Situation schönlügen, entwickelt sich neben dem



(Ingo Hoehn)

in sich hineingefressenen Unfrieden das weitere Gefälle einer gefühlten eigenen Zurücksetzung hinter die vermeintlich privilegierte Situation des/der jeweils anderen. Im Auto zwischen Berlin und Moskau entwickelt sich vor dieser Grundlage erstmals etwas, das die Bezeichnung Gespräch verdient. Bis es soweit ist, bedarf es indes von beiden Seiten ein Eingestehen und ein Einsehen. Die der Inszenierung von Melanie Durrer beginnt damit, dass sie den Kopf in der Tragtasche (Kopf im Sand) trägt und er unter einer überdimensionierten Plastikplane (Verschüttung) liegt. Wie sie sich aufrappeln, aneinander reiben und nach und nach sogar ins Träume ausmalen geraten, verändert die publikumsseitige Sympathie gleich in mehrfacher Hinsicht. Denn auch diese Warte krankt an einer Vorliebe für eine Mélange aus Verdrängung und Beschönigung. Die beiden Leben auf der Bühne aber tragen einen vollends mit einem hiesigen unvergleichlichen Rucksack und vermögen es trotz aller Widrigkeiten, aufrecht zu stehen. Aber Wunscherfüllung erwarten sie fortan höchstens noch aus dem All. *froh.*

«Der Sturz der Kometen und der Kosmonauten», bis 2.4., Kellertheater, Winterthur.

Das Versprechen

Jemand schrieb: «Nachdem sich alle im Nu zu Epidemiologen und Militärstrateginnen weitergebildet haben, hat sich die halbe Schweiz nun in einem Wochenendworkshop auch profunde Kenntnisse in Wirtschaftsrecht und Banking angeeignet.» Während ich das bezüglich Corona-Pandemie und Krieg in der Ukraine durchaus genau so sehe und mich, wie ich finde, äusserst vornehm zurückhalte mit Meinung und Prognose, bin ich jetzt also doch eine davon. Eine von denen, die bei den Ereignissen rund ums letzte Wochenende mitredet, obwohl sie von Wirtschaftsrecht und Banking tatsächlich keine nennenswerte Ahnung hat. Wie so viele andere konnte ich das Ende der Crédit Suisse live am Bildschirm mitverfolgen. Und hatte dabei ganz viele und ganz verschiedene Gefühle. Zum Beispiel war ich erstaunlicherweise erst einmal froh, sass dort Karin Keller-Sutter und nicht Ueli Maurer, alleine schon wegen der Sprachkenntnisse. Wenn man schon den Untergang einer schweizerischen Institution verkünden muss, hatte es sprachlich Stil und man konnte sich auf den Inhalt konzentrieren, anstatt sich für fehlende Fremdsprachen der Regierung zu schämen. Eine wohlthuende Ausnahme bei der ganzen Veranstaltung, wie sich herausstellen sollte. Ich habe zwei Beispiele: Als Marlene Amstad, die Präsidentin der Finanzmarktaufsicht, wiederholt darauf hinwies, dass Tweets der Bank respektive dem Vertrauen in die Bank geschadet hätten und man den Eindruck gewinnen konnte, das Ganze sei einfach das Ergebnis eines sehr unglücklich verlaufenen Shitstorms, hatte ich Fragen und etwas Scham. Als ein Journalist ganz direkt die Frage aller Fragen stellte, die Schuldfrage nämlich, und wissen wollte, wer die Misère zu verantworten habe, und Axel Lehmann, Chef der gerade an die Wand gefahrenen Bank antwortete, man sollte jetzt nicht zurückschauen und Vergangene bewältigen machen und Schuldige suchen, hatte ich hingegen keine Fragen mehr. Dafür sehr viel Scham. Denn, wohin genau sonst sollten wir jetzt schauen, wenn nicht zurück? Wohin, wenn nicht dahin, wo die Fehler passiert sind und zu denen, die sie gemacht haben? Ungefähr da entschied ich mich vermutlich, dass ich sehr wohl mitreden werde, auch wenn ich, wie erwähnt, keine Ahnung von Wirtschaftsrecht und Banking habe. Das Problem ist, dass man in diesem spezifischen Fall mit Expert:innenwissen nicht zwingend weiterkommt. Es scheint mir relativ eindeutig, dass ein losgelöstes Management durch strategische Fehler eine Bank in den Abgrund riss. Ein Management, das nicht zu bremsen oder zu regulieren war. Dabei hat es Menschen mitgerissen. In erster Linie sind das die Mitarbeiter:innen der Crédit Suisse und der UBS, die wissen, dass nun Tausende Arbeitsplätze gefährdet sind, aber keine Ahnung haben, ob sie damit gemeint sind oder nicht. Hingegen haben sie die

Gewissheit, dass sie die sind, die für die Vergehen der Manager bezahlen werden – als entlassene Angestellte und Steuerzahler:innen, als die sie, als die wir für die insgesamt 109 Milliarden bürgen, die der Bund eingeschossen und versprochen hat. Die Forderung, dass statt dieser Menschen – Angestellten, Steuerzahler:innen, Kund:innen – die Manager für die Katastrophe gerade stehen müssen, ist nicht einfach Volkszorn, wie verschiedentlich zu lesen war. Die Forderung ist eine Selbstverständlichkeit und man sollte das nicht als Impuls eines Wutbürgerturns abtun. Es muss ein Gesetz, eine Handhabung dafür geben, dass Chefs solcher grossen Banken und Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden können. Allerdings erachten das die Expert:innen – also die, die eine Ahnung haben von Wirtschaftsrecht und Banking – als nicht sinnvoll. Der Wirtschaftsrechtsprofessor Peter V. Kunz ist so einer. Er äussert sich im «Tages-Anzeiger» vom Mittwoch so: «(...) es ist absolut illusorisch, zu glauben, dass sich mit einem solchen Gesetz dann noch Manager für eine Grossbank finden lassen. Ein Gesetz zur persönlichen Haftbarkeit würde Bankmanager noch schneller vertreiben als ein Boni-Verbot». Ich nehme das als Versprechen.

ben als ein Boni-Verbot». Ich nehme das als Versprechen.



Andrea Sprecher

Reklame



Bitte ausfüllen und
einsenden an:
P.S. Verlag, Hohlstrasse 216,
8004 Zürich oder
aboservice@pszeitung.ch

Ich bestelle

- Probeabo 5 Wochen kostenlos Jahresabo für 230 Franken
 Gönnerabo ab 300 Franken Abo für Menschen mit wenig Geld, 100 Franken

Name / Vorname

Strasse / Postfach

PLZ / Ort
